

■ Konfrontiert mit zahlreichen politischen und ökonomischen Problemen, schlug die Sowjetische Militäradministration in Deutschland nach den Landtagswahlen und Regierungsbildungen in der Sowjetischen Besatzungszone um die Jahreswende 1946/47 einen Kurs interner Reformen ein, um ihr Image und das Verhältnis zur deutschen Seite zu verbessern. Jürgen John und Elke Scherstjanoi präsentieren Schlüsseldokumente zu einer Besprechung am 10. Januar 1947 in Weimar, bei der der sowjetische Verwaltungschef Thüringens, Ivan S. Kolesničenko, die ihm unterstellten Besatzungsoffiziere auf die neuen Aufgaben einschwor. ■

Jürgen John und Elke Scherstjanoi

„Perestrojka“ in der sowjetischen Besatzungspolitik 1947

Schlüsseldokumente zum Umbau der Militäradministration

I. Umbau

Die nachstehend erstmals veröffentlichten Dokumente¹ belegen einen bisher weitgehend unbekanntem internen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Sie verweisen auf eine Phase des Übergangs vom militärisch zum politisch organisierten (freilich militärisch gesicherten) Besatzungsregime, die Ende 1946 einsetzte und sich mit den deutschlandpolitischen Weichenstellungen des Jahrs 1947 überschneidet. Dabei ging es um Erhebliches: um ein anderes Verhältnis zur deutschen Seite und eine entsprechend umgestaltete Besatzungspolitik, um andere Verhaltensweisen und neue Organisationsformen, nachdem die Landtagswahlen in der

¹ Die bislang unveröffentlichten Quellen – der am 14. 1. 1947 an den Obersten Chef der SMAD geschickte Vortrag des Verwaltungschefs der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen (SMATH), Ivan S. Kolesničenko, vom 10. 1. 1947, das Begleitschreiben vom 14. 1. 1947 und die am 10. 1. 1947 gehaltenen Diskussionsbeiträge – stammen aus dem Moskauer Staatsarchiv der Russischen Föderation (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, künftig: GARF), f. (Bestand) 7184 / op. (Findebuch) 1 / d. (Akte) 19, Bl. 6r-39r. Sie sind in den im Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), Bestand Z 47 F, verfilmt vorliegenden SMAD-Akten zugänglich. Zum GARF und seinen SMAD-Akten vgl. die Beiträge bei Detlev Brunner/Elke Scherstjanoi (Hrsg.), Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne, München 2015. Stefan Kreuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 106–110, hat die Tagung vom 10. 1. 1947 anhand einer – nicht mehr nachweisbaren – Doppelüberlieferung im Archiv des russischen Außenministeriums (Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii; künftig: AVPRF) beschrieben (vgl. Anm. 54), aber eher als taktisches Manöver, das echte besatzungspolitische Änderungen weder beabsichtigte noch bewirkte – eine u. E. nicht haltbare Interpretation. Auf Kreuzbergers Dokumentenbeschreibung bezieht sich Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004, S. 80–94. Er spricht von „begrenzter ‚Perestrojka‘“, „Wandel sowjetisch-deutscher Arbeitsbeziehungen“ und „Methodenwechsel“.

Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Voraussetzungen für eine legitimierte deutsche Staatlichkeit geschaffen hatten. Es ging – kurz gesagt und von den Akteuren auch so formuliert – um eine „Perestrojka“ der Prinzipien, Methoden und Strukturen der Besatzungsherrschaft. Deshalb ist der später durch Michail Gorbatschows Politik so prominent gewordene Begriff „Perestrojka“ („Umbau“) auch als Leitbegriff für die hier dokumentierten Vorgänge geeignet. Der Partei- und Staatschef Gorbatschow wollte unter dieser Losung in den 1980er Jahren den sowjetischen Staatssozialismus reformieren. Anfang 1947 sprach man in der SMAD von einem „Umbau“ der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland.

II. Die Weimarer SMATH-Beratung vom 10. Januar 1947

Zu diesem Zweck beorderte der Verwaltungschef der SMAD für das Land Thüringen (SMATH), Ivan S. Kolesničenko,² am 10. Januar 1947 Besatzungsoffiziere seines Zuständigkeitsbereichs zu einer Beratung an den SMATH-Sitz Weimar. Das geschah kurzfristig, nachdem er am 27. Dezember 1946 telegrafisch aus Berlin eine Direktive des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Vasilij D. Sokolovskij, zum Umbau der Besatzungspolitik erhalten hatte.³ Es gehe dabei, betonte Kolesničenko, nicht um Details, sondern um grundsätzliche Fragen, um die „allgemeinen Prinzipien unserer Besatzungspolitik und unserer Beziehungen zu den deutschen Machtorganen“. Man brauche ein besseres Verhältnis zur deutschen Seite, eine „Veränderung des Arbeitsstils“ nach dem Prinzip: Kontrolle statt Intervention. Die Zeit des bloßen Kommandierens sei vorbei. Die Besatzungsmacht stehe vor der Alternative, entweder die „inneren demokratischen Kräfte“ auf deutscher Seite „freizusetzen“ oder sie weiter zu bremsen und das politische System der SBZ „bis zum letzten Tag der Besatzung mit den Bajonetten [zu stützen]“. Denn die Besetzung werde länger dauern als zunächst beabsichtigt. Man müsse deutschen Instanzen und Parteien deshalb mehr Initiative einräumen und sie nicht „bevormunden“. Das gelte auch und gerade für die „geistig“ noch lange nicht vereinigte, viel zu stark sozialdemokratisch geprägte SED, die Kolesničenko

² Garde-Generalmajor Ivan S. Kolesničenko (1907–1984) war von 1945 bis 1949 Stellvertreter für Zivilangelegenheiten der SMATH und nach Auflösung der SMAD 1949/50 kommissarischer Beauftragter der Sowjetischen Kontrollkommission für Thüringen (vgl. auch Anm. 25). Er leitete in Personalunion als Verwaltungschef den inneren Apparat der SMATH und war so ihr eigentlicher politischer Kopf. Nomineller SMATH-Chef und Kommandeur der im Thüringer Raum stationierten 8. Armee war von 1946 bis 1949 der – im Gegensatz zu seinem Vorgänger (1945/46) Armeegeneral Vasilij I. Čujkov – wenig bekannte Generaloberst Ivan V. Boldin. Das Bild auf S. 394 zeigt Kolesničenko (rechts) mit dem Thüringer Landespräsidenten Rudolf Paul (links; vgl. auch Anm. 95) bei der Eröffnung einer Brücke in Weimar im Juli 1946; Bildnachweis: Land Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: LATH-HStA Weimar), Fotosammlung, Foto Ernst Schäfer, KBN Ordner 20, Blatt 20 Streifen 7 Nr. 1.

³ Diese Direktive 7051/III erwähnte Kolesničenko im hier abgedruckten Schreiben, mit dem er am 14. 1. 1947 seinen Vortrag an Marschall Vasilij D. Sokolovskij schickte. Im Vortrag selbst ist von einem Telegramm die Rede. Beides (wohl identisch) konnte bislang nicht ermittelt werden. Ob die Verwaltungschefs anderer Länder-SMA in ähnlicher Weise auf die Direktive reagierten, ist noch nicht geklärt, eine vergleichbare Beratung bisher nicht nachgewiesen.

mit harschen Worten kritisierte. Die Besatzungsmacht habe alles getan, um der SED den Sieg bei den Wahlen 1946 zu sichern. Nun verfallende die SED in „politische Passivität“ und unternehme wenig, um ihr Negativimage einer „von Moskau und den Kommandanturen gelenkten russischen Partei“ loszuwerden. Die Art, wie einzelne Besatzungsorgane und Kommandanturen sie oft gängelten, leiste dem Vorschub. Als Beleg verlas Kolesničenko ein Schreiben der Thüringer SED-Landesvorsitzenden Werner Eggerath (ehemals KPD) und Heinrich Hoffmann (ehemals SPD) vom 6. Januar 1947 über die verschlechterten „Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke“ im vollen Wortlaut der russischen Übersetzung.⁴

Kolesničenko verlangte rasche Maßnahmen von den Versammelten und listete die besonders akuten Aufgaben vor allem für den Wirtschaftsbereich auf. In der anschließenden Debatte⁵ pflichtete der SMAD-Vertreter Generaloberst Ivan A. Serov⁶ dem skizzierten „Perestrojka“-Programm bei, riet aber zu schrittweisem Vorgehen. Denn es werde den Kommandanten sicher schwer fallen, „von alten Gewohnheiten zu lassen“. Das zeigte schon diese Debatte. Die Kommandantur-Vertreter betonten vor allem die Schwierigkeiten. Während einige von ihnen ihre bisherigen Kommandomethoden verteidigten, stellten sich die anwesenden Offiziere der SMATH, etwa der Leiter ihrer Wirtschaftsabteilung, uneingeschränkt hinter das „Perestrojka“-Programm. Ein Mitarbeiter des Sektors Volksbildung emporierte sich über Politoffiziere, die instinktlos sowjetische Maßstäbe gegenüber deutschen Instanzen anlegten. Die Debatte lieferte so ein Spiegelbild besatzungspolitischer Probleme und Vorbehalte gegen einen neuen Kurs. Nach der Weimarer Tagung schickte Kolesničenko den Text seines Vortrags am 14. Januar 1947 an Sokolovskij, der ihn vervielfältigen und am 24. Januar 1947 den anderen SMA-Verwaltungschefs als Handhabe mit Weisungscharakter zustellen ließ.⁷

⁴ Das Schreiben vom 6. 1. 1947 ist als Anlage eines Schreibens Heinrich Hoffmanns an die zonalen SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck vom 20. 5. 1947 überliefert; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 54r-62r. Es wurde – ohne Kontextbezug – von Jan Foitzik (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente*, Berlin/München/Boston 2015, veröffentlicht. Hoffmann notierte am 20. 5. 1947, das Schreiben vom 6. 1. 1947 habe Kolesničenko veranlasst, die Beratung am 10. 1. 1947 einzuberufen (vgl. Anm. 75 und 115).

⁵ Von der dem Vortrag Kolesničenkos folgenden Debatte wird hier nur Serovs Beitrag abgedruckt; vgl. Anm. 141.

⁶ Serov war Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilangelegenheiten, zuständig für die Kommandanturen, und Bevollmächtigter des sowjetischen Innenministeriums. Seine unlängst entdeckten geheimen Tagebuchaufzeichnungen gehen auf die SMATH-Tagung am 10. 1. 1947 nicht ein; vgl. Ivan Serov, *Zapiski iz čemodana. Tajnye dnevniki pervogo predseatelja KGB, najdannye čerez 25 let posle ego smerti* (Aufzeichnungen aus dem Koffer. Die geheimen Tagebücher des ersten Vorsitzenden des KGB, aufgefunden 25 Jahre nach seinem Tod), hrsg. und kommentiert von Aleksandr Chinštejn, Moskau 2016. Im Februar 1947 wurde Serovs Versetzungsgesuch zurück nach Moskau entsprochen.

⁷ Vgl. Anm. 57.

III. Besatzungspolitischer Kontext

Ganz offensichtlich war Kolesničenkos Vortrag mit der SMAD-Spitze abgestimmt. Er fiel nicht zufällig in eine Zeit sowjetischer Suche nach Auswegen aus einer deutschland-, besatzungs- und wirtschaftspolitisch schwierigen Situation mit heftigen internen Richtungskämpfen und Debatten. Das belastete die sowjetischen Positionen im interalliierten Interessenkonflikt und das Bemühen, trotz amerikanisch-britischer Bizonen-Gründung (1. 1. 1947) und wachsender Spannungen Kompromisse in der Reparations- und Friedensvertrags-Frage zu finden. Die Probleme spitzten sich um die Jahreswende und vor der Moskauer alliierten Außenministerkonferenz (10.3.–24. 4. 1947) zu, zu deren Vorbereitung Sonderbeauftragte in London verhandelten (14.1.–25. 2. 1947) und die SED-Führung mit der Sowjetführung um Stalin in Moskau zusammentraf (30.1.–7. 2. 1947). Kolesničenkos Vortrag am 10. Januar 1947 markiert so einen Zeitpunkt, zu dem sich in der SMAD die Einsicht durchsetzte, bei schwieriger, durch den „Katastrophenwinter“ 1946/47⁸ erheblich verschärfter Gesamtlage und absehbar längerer Besatzungsdauer ein effektives Wirtschaften, mehr Engagement auf deutscher Seite und ein entspanntes Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten erreichen zu müssen.

Wie die gesamte sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik⁹ sind auch die Vorgänge um die Jahreswende 1946/47 historiografisch umstritten¹⁰ und bei weitem noch nicht in allen Details bekannt. In den 1990er Jahren litt die Forschung bei noch wenig erschlossenen sowjetischen Quellen unter der Schwierigkeit, die internen Aushandlungs-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse und die Interaktionen mit deutschen Instanzen zu erfassen. Das verleitete oft zu empirisch kaum gedeckten Vermutungen oder Fehlurteilen. Mittlerweile hat sich die Forschungslandschaft durch mehrere Quelleneditionen, Monografien und Nachschlagewerke gründlich verändert.¹¹ Für den hier in Rede stehenden Zeit-

⁸ Vgl. Alexander Häusser/Gordian Maugg, Hungerwinter. Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47, Berlin 2009.

⁹ Vgl. aus der einschlägigen Literatur mit teils konträren Positionen Wilfried Loth (Hrsg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994; Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997; Michael Lemke (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999; Rolf Badstübner, Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Jürgen Zarusky (Hrsg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006; Gerhard Wettig, Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953, Lanham u. a. 2008, und Jochen Laufer, Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–1945, Berlin 2009.

¹⁰ Einen Überblick über die Interpretationsgegensätze gibt Dierk Hoffmann, Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949, Darmstadt 2011, S. 19–21, S. 55–60 u. S. 63–65.

¹¹ Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998; Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999; ders. (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012; ders. (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen; Jochen P. Laufer/Georgij P.

raum vermittelt die Forschung den Eindruck vielstimmiger, oft konträrer, doch zielstrebig-abwägender, ergebnisorientierter sowjetischer Meinungsbildungsprozesse. Nichts deutet darauf hin, dass deutschlandpolitisch lediglich Scheingefechte geliefert wurden, während man tatsächlich eine von langer Hand vorbereitete ostzonale Lösung betrieb. Die Moskauer Führung lotete im Vorfeld der Moskauer Konferenz vielmehr ernsthaft die Chancen für interalliierte Lösungen aus. Und die SMAD-Führung in Berlin-Karlshorst suchte nach Wegen, die Besatzungspolitik effektiv zu gestalten, um die heraufziehende wirtschaftliche Krise bewältigen und einer politischen Krise vorbeugen zu können.

Die Friedensvertrags-Frage spielte dabei für die sowjetische Seite eine maßgebliche Rolle. Stalin war sogar bereit, die SPD in der SBZ wieder zuzulassen,¹² um den interalliierten Dialog zu erleichtern, und hoffte, die Westmächte würden im Gegenzug die SED in ihren Besatzungszonen erlauben. Auch die Deutschen in der SBZ setzten große Erwartungen in die „Moskauer Friedenskonferenz“, von der sie sich eine Erleichterung ihrer Lage und eine Lockerung des Reparationsregimes erhofften.¹³ Hier boten sich Anknüpfungspunkte im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Gleichzeitig war allen Beteiligten klar, dass sich eine Übereinkunft in der Friedensvertrags-Frage schwierig gestalten und zeitlich hinziehen werde. Es dauere wohl noch länger als ein Jahr, beantwortete Außenminister Wjačeslav Molotov während des Moskauer Treffens mit der SED-Spitze am 31. Januar 1947 eine entsprechende Frage.¹⁴ Und die SED-Spitze machte sich kaum Illusionen über ihre prekäre Situation. Die Lage in Deutschland sei „ernst“, erklärte der SED-Koordinator Otto Grotewohl bei diesem Treffen.¹⁵ Das sah auch die SMAD-Spitze

Kynin (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, 4 Bde., Berlin 2004–2012; Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), *Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven*, München 2005; *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, hrsg. von Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan, bearb. von Jan Foitzik u. a., München 2009, und Nikita V. Petrov u. a. (Hrsg.), *SVAG i nemeckie organy samoupravlenija 1945–1949. Sbornik dokumentov (Die SMAD und die deutschen Selbstverwaltungsorgane 1945–1949. Dokumentensammlung)*, Moskau 2006.

¹² Vgl. Anm. 66.

¹³ Als Thüringer Beispiele vgl. den Artikel des Ministerpräsidenten Paul „Deutscher Schicksalsweg 1947“, in: *Abendpost. Das Blatt für Politik, Kultur und Wirtschaft für Mitteldeutschland (Weimar)* vom 31. 12. 1946; den Text des Generalstaatsanwalts Friedrich Kuschnitzky (LDP) „Das Gebot der Stunde“ vom 15. 1. 1947 als Teil eines politischen Lageberichts für den Ministerpräsidenten; LATH-HStA Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten (künftig: LATH-BMP), Nr. 1866, Bl. 312r u. Bl. 313r; oder den Aufruf der Jenaer Universität „Zur Moskauer Friedenskonferenz“ vom 13. 2. 1947; Nachlass Richard Lange im Privatbesitz von Jürgen Lange/Köln, Ordner III, n. f.

¹⁴ Vgl. Unterredung zwischen Stalin und der SED-Führung, 31. 1. 1947, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), *UdSSR*, Bd. 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948, S. 136–156, hier S. 154.

¹⁵ Aufzeichnung des Gesprächs zwischen I. V. Stalin und der SED-Delegation, 31. 1. 1947, in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, *Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947. Dokumentation*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 279–303, hier S. 295.

so, die im Herbst 1946 zu nüchternen Analysen der politischen und wirtschaftlichen Lage in der SBZ kam.

Politisch bezog sie sich vor allem auf die Wahlen vom September/Oktober 1946, bei denen die SED zwar als stärkste Partei in die Parlamente einzog, aber schlechter abschnitt als erhofft. Vor allem ihr Wahlergebnis in Berlin, wo die SPD zugelassen war und 48,7 Prozent erhielt, während die SED mit 19,8 Prozent nach der CDU (22,2 Prozent) auf dem dritten Platz landete, kam einer Katastrophe gleich. Die SMAD konnte nicht übersehen, dass das öffentliche Ansehen der SED vor allem dann litt, wenn sie allzu deutlich an der Seite der Besatzungsmacht agierte und als „Russenpartei“ wahrgenommen wurde. Die Demontagen, der Abtransport deutscher Spezialisten in die Sowjetunion, die schlechte Versorgungslage, der Wohnungs- und Brennstoffmangel, ausbleibende Löhne bei SMA-Auftragsbeschäftigungen fielen ebenso auf die SED zurück wie die Verhaftungspraktiken und die Willkür lokaler Besatzungsoffiziere. Wie im Vortrag Kolesničenos vom Januar 1947 verband sich die interne SMAD-Kritik an der mangelnden „inneren Festigkeit“ und Image-Politik der SED mit der Einsicht, dass die Besatzungspolitik des Rückhalts in breiteren Kreisen der Bevölkerung und auch im „bürgerlichen“ Lager bedurfte, um auf festeren Füßen zu stehen.¹⁶

Ebenso nüchtern fiel die SMAD-Analyse der Wirtschaftslage aus. Der 1946 gewachsene SBZ-Produktionsumfang reichte bei weitem nicht aus, um den sowjetischen Bedarf und die Versorgung der Deutschen zu decken. Die anhaltenden Demontagen und die alternative Einrichtung Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) kamen einer Faustpfand-Politik zu Lasten der ostzonalen Wirtschaft gleich. So könne – hieß es in der SMAD-Denkschrift zur Wirtschaftslage (12. 12. 1949) – eine „ausgeglichene Wirtschaft [...] nicht hergestellt werden“.¹⁷ Der Aderlass der Demontagen und die bis Sommer 1947 unklaren SAG-Zuordnungs-, Lenkungs- und Planungsstrukturen gefährdeten die laufenden Reparationen und die Versorgung der Besatzungstruppen ebenso wie den wirtschaftlichen Wiederaufbau der SBZ und ihre politische Stabilität.¹⁸

Aus diesen Befunden zog die SMAD-Spitze drei Schlüsse: Sie verstärkte erstens ihren Widerstand gegen die rücksichtslose Demontagepolitik, hinter der vor allem das Moskauer Ministerium für Bewaffnung stand. Sie hielt es zweitens für erforderlich, den wirtschaftlichen Wiederaufbau gesamtdeutsch zu organisieren,

¹⁶ Vgl. Bericht von Filippov, 9. 10. 1946, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3, S. 6–23; Bericht von Makuchin, 28. 10. 1946, in: Ebenda, S. 27–38, und Denkschrift des Mitglieds des Kriegsrates der SMAD an das Zentralkomitee der VKP(B) über die Lage in der SED, 3. 12. 1946, in: Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, S. 281–288.

¹⁷ Denkschrift der SMAD über Wirtschaftsfragen in der SBZ, 12. 12. 1946, in: Ebenda, S. 289–304, hier S. 293.

¹⁸ Zu den widersprüchlichen Zusammenhängen von Reparations-, Demontagen- und SAG-Politik und den damit verbundenen sowjetischen Kompetenz- und Richtungskämpfen vgl. aus der Fülle der Literatur Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002. Zu den erst ansatzweise untersuchten Auseinandersetzungen um die SAG-Betriebe vgl. Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, S. 310–314, S. 316–320 u. S. 329–333.

ihn zonal vor allem auf die Länder und Provinzen zu stützen, deren wirtschaftspolitische Kompetenzen zu stärken und sich nicht allein auf die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen in Berlin zu verlassen.¹⁹ Nötig sei es drittens, die Wirtschaftsplanung zu optimieren und dabei die deutsche Seite mehr einzubinden, um bei dem am 17. Oktober 1946 befohlenen „Wirtschaftsplan 1947“ ein Desaster wie ein Jahr zuvor zu vermeiden.²⁰ Das forderten die SED-Wirtschaftsexperten schon seit geraumer Zeit und verbanden es mit dem Projekt eines Zentralen Wirtschaftsplanungsamts für die Sowjetische Besatzungszone. Die SMAD-Spitze war nun geneigt, beidem zuzustimmen,²¹ hielt sich aber die gesamtdeutsche Option und dezentrale Wege auf Länderbasis zumindest bis Sommer 1947 offen.²² Die von deutscher Seite oft als bloßes „Chaos“ wahrgenommenen innersowjetischen Kompetenzkonflikte und die noch unklaren SAG-Strukturen, standen einheitlicher Wirtschaftsplanung im Wege.

Nach wie vor gab es auf sowjetischer Seite erhebliche Meinungsgegensätze über gesamtdeutsche, zonale und dezentrale Gestaltungswege. Jedenfalls war noch nichts entschieden. Eine grundlegende Veränderung der Besatzungspolitik und ein neues Verhältnis zu den Deutschen schienen aber in jedem Falle nötig zu sein. Entsprechende Überlegungen reiften um die Jahreswende 1946/47 und nahmen über die engeren wirtschafts- und planungspolitischen Fragen hinaus grundsätzlichen Charakter an. Am 17. Dezember 1946 erließ der Chef der SMAD

¹⁹ Vgl. Denkschrift, in: Ebenda, S. 299 u. S. 303. Auch die Direktive des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD vom 13. 5. 1947 (über eine Beratung der SMAD-Propaganda-Abteilung am 29. 4. 1947) an die SMA-Verwaltungschefs zur Stärkung der Positionen der Landesregierungen gegenüber den Zentralverwaltungen und den Landtagen ist hier heranzuziehen; GARE, 7317/7/57, Bl. 32r-35r.

²⁰ Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 306 vom 15. u. 17. 10. 1946 zur Aufstellung des Wirtschaftsplans 1947; GARE, 7317/8/7, Bl. 298r-300r. Die mit dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 103 vom 19. 10. 1945 befohlenen Arbeiten am „Wirtschaftsplan 1946“ waren damals eingestellt und seit Januar 1946 nur noch Quartalspläne befohlen worden; vgl. Marcel Boldorf, Planwirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis (= Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 3), München 2016, S. 133–216, hier S. 155–159.

²¹ Vgl. Notizen Piecks zur Besprechung über Wirtschaftsfragen, 25. 10. 1946, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 85–92. Anwesend waren die Leiter der SMAD-Wirtschafts- und Außenhandels-Abteilungen Koval und Michin.

²² Das Projekt eines Zentralen Amts für Wirtschaftsplanung unterlag 1947 mehrfachen deutschlandpolitischen Kurswechseln. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz wurde es gesamtdeutsch propagiert, im Sommer 1947 dann auf die Deutsche Wirtschaftskommission (DKW), Abteilung für Wirtschaftsfragen übertragen. Am 10. 2. 1947 erzwang die SMAD eine Vereinbarung zur Abgabe wirtschaftlicher Länderkompetenzen an die entsprechenden Zentralverwaltungen, die von der SMAD-Spitze aber erst – die deutschlandpolitische Entwicklung abwartend – mit SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. 6. 1947 zur DWK-Gründung in Kraft gesetzt wurde. Vgl. Dokumente in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 280–283 u. S. 467f.; vgl. auch die Direktive vom 13. 5. 1947 (wie Anm. 19).

Sokolovskij die eingangs erwähnte Direktive 7051/III zum Umbau der Besatzungspolitik. Als die sowjetische Seite im Januar 1947 wirtschafts- und sozialpolitische Verbesserungen für die SBZ ankündigte,²³ waren die Kernideen einer „Perestrojka“ intern bereits formuliert. In ihrem Kommentar (28. 1. 1947) zu den Fragen der SED-Führung für das Moskauer Treffen betonten Sokolovskij und sein politischer Berater Semenov, die „Ausübung reiner Kontrollfunktionen durch die SMAD wird zweifellos eines unserer nächsten Ziele sein“ – freilich schrittweise. Denn man könne nicht einfach ein Verwaltungssystem ohne geeigneten Ersatz beseitigen.²⁴ Auch mentale und habituelle Gewohnheiten aus 20 Monaten Besatzung waren nur schwer zu überwinden.

IV. Kolesničenko und der landespolitische Kontext

In seinen Memoiren stellte sich Kolesničenko als Initiator des Weimarer Treffens dar, ohne Sokolovskijs Direktive zu erwähnen.²⁵ Er habe – schrieb er – in der neuen Lage nach Wahlen, Regierungsbildung und Landesverfassung „eigenverantwortlich“ eine „Instruktion“ (den Vortrag) erarbeitet, die Sokolovskij dann bestätigte und verteilen ließ. Dass Kolesničenko dabei eigenmächtig handelte, ist auszuschließen. Doch scheint sein Vorgehen tatsächlich singulär gewesen zu sein. Von anderen SMA-Verwaltungschefs ist bislang nichts Vergleichbares bekannt. Zudem beliebte es Kolesničenko nicht bei dem Vortrag, sondern handelte nach den dargelegten Prinzipien.²⁶ Insgesamt vermitteln die Akten ein widersprüchliches, aber bemerkenswertes Bild von seinem Wirken. Von deutscher Seite wurde er als

²³ Sie betrafen einen Demontagestopp, die Rückgabe einiger SAG-Betriebe und die Aufstockung unterer Lebensmittelrationen. Die SED-Führung wurde ermächtigt, sie öffentlich anzukündigen; vgl. Badstübner/Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck, S. 98–108 (Notizen Piecks über Besprechungen mit dem Chef der SMAD und SMAD-Vertretern am 9. u. 11. 1. 1947 mit beigefügter SAG-Liste), und Neues Deutschland vom 16. 1. 1947: „Erklärung des SED-Zentralsekretariats vom 15. 1. 1947“, S. 1. Der Rückgabebefehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 021 erging am 24. 1. 1947; GARF, 7317/7/43, Bl. 92r–112r.

²⁴ Sokolovskij und Semenov an Molotov, 28. 1. 1947, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3, S. 127–132, hier S. 131.

²⁵ Vgl. Anm. 57. Bislang liegen keine fundierten Forschungen über Kolesničenko und die SMATH vor. Verwiesen sei vorerst auf das Kolesničenko-Porträt in der Dissertation von Sebastian Schlegel, Zwischen zentralen Vorgaben und Pragmatismus. Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949, Jena 2012 (MS), S. 171–181, das v. a. seine biografisch-sowjetische Prägung, kaum jedoch sein Wirken als SMATH-Verwaltungschef beschreibt. Vgl. auch SMAD-Handbuch, S. 557–563.

²⁶ Am 14. 1. 1947 kündigte er an, die SMA werde sich künftig nicht mehr direkt in Gesetzgebungsverfahren in Thüringen einschalten; LATH-HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Justiz, Nr. 330, Bl. 120r. Er verbot den Kommandanten, in die Arbeit deutscher Gerichte einzugreifen; GARF, 7184/1/16, Bl. 12r u. Bl. 13r, Befehl Nr. 08. Am 29. 1. 1947 befahl er den SMATH-Mitarbeitern, ohne Absprachen mit den Kommandanten keine deutschen Betriebe mehr zu beauftragen oder sich in Produktionsabläufe einzumischen; GARF, 7184/1/16, Bl. 145r u. Bl. 146r, Befehl Nr. 020. Schon zuvor hatte er die Nichteinmischung in die Stromerzeugung der Elektrizitätswerke angewiesen; GARF, 7184/1/8, Bl. 187r, Befehl Nr. 0197 vom 25. 10. 1946.

maßgeblicher politischer Kopf der SMATH wahrgenommen, an den man sich zu halten hatte, um etwas zu erreichen. Er galt als ein Besatzungsoffizier, der keineswegs nur zentrale Befehle ausführte, sondern seine Befugnisse selbstbewusst nutzte, sich auch für Landesbelange einsetzte und bestrebt war, „das Gesetz der Besatzungsmacht in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Menschlichkeit zu bringen“.²⁷ Kirchliche Kreise schätzten ihn als verständnisvoll.²⁸ Bei westzonalen Gesprächspartnern hinterließ Kolesničenko meist einen positiven Eindruck.²⁹ Innerhalb der Militäradministration war er freilich wegen seines selbstbewussten Handelns umstritten.³⁰ Mehrfach zog er Angriffe und Intrigen auf sich.³¹ Vor allem die Flucht des Thüringer Ministerpräsidenten Rudolf Paul in die amerikanische Besatzungszone Anfang September 1947 brachte ihn in eine höchst fatale Lage.³²

Als ein in der stalinistischen Sowjetunion sozialisierter Offizier war Kolesničenko freilich keineswegs liberal gesinnt. Über deutsche Demokratie-Vorstellungen äußerte er sich eher abfällig.³³ Als Besatzungsoffizier sah er seine Hauptaufgabe darin, die Interessen und Auflagen der Besatzungsmacht durchzusetzen.³⁴ Kolesničenkos parteipolitische Haltung war zweifellos von sowjetischen Vorstellungen, einem entsprechenden „Kaderpartei“-Verständnis und von der Abnei-

²⁷ So Alphons Gaertner (LDP) beim Festakt zum ersten Jahrestag der Landesverwaltung am 17. 7. 1946; vgl. Thüringer Volk. Landeszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 18. 7. 1946. Gaertner war 1945 bis 1948 Präsident der Landesbank Thüringen und stellvertretender LDP-Landesvorsitzender. 1948 floh er aus der SBZ.

²⁸ Vgl. Christine Koch-Hallas, Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen in der SBZ und Frühzeit der DDR (1945–1961). Eine Untersuchung über Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer landeskirchlichen Identität, Leipzig 2009, S. 112–116.

²⁹ So beschrieb der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD) nach seinem Staatsbesuch in Thüringen (26.–30. 7. 1946) Kolesničenko als „hervorragende[n] Offizier, der sich ganz für seine Aufgabe einsetzt, aufgeschlossen jeder Anregung nachgeht und sofort auf den Kern der Sache zu sprechen kommt“; Weser-Kurier vom 7. 8. 1946: „Blick in die Ostzone“.

³⁰ So etwa das subjektiv eingefärbte, erinnernde Urteil von Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen, hrsg. von Manfred Heinemann, Berlin 1997, S. 53: Kolesničenko habe sich selbstherrlich-partikularistisch verhalten, kaum an bürokratische Vorschriften gehalten und häufig seine Kompetenzen überschritten. Nikitin war zunächst Inspektor, 1948/49 Leiter des Hochschul- und Wissenschaftssektors der SMAD-Abteilung Volksbildung.

³¹ Am 20. 9. 1947 schilderte Kolesničenko in einem Beschwerdeschreiben an den Chef der SMAD Sokolovskij und dessen Stellvertreter für politische Fragen Makarov, wie ein Abgesandter aus Berlin-Karlshorst, der mit seinen Dienstjahren bei der sowjetischen Geheimpolizei prahlte, Belastungsmaterial gegen ihn sammelte; GARF, 7184/1/19, Bl. 255r-259r.

³² Schreiben Kolesničenkos vom 16. 9. 1947 an Sokolovskij zur Flucht Pauls; GARF, 7184/1/19, Bl. 244r-254r. Vgl. bei Petrov u. a. (Hrsg.), SVAG, S. 516–524.

³³ Man verwechsle in Deutschland wohl „Demokratie“ mit „Anarchie“, belehrte er am 7. 2. 1947 Ministerpräsident Paul und bot ihm an, einen Vortrag über „echte Demokratie“ zu halten; LATH-HStA Weimar, LATH-BMP, Nr. 514, Bl. 165r.

³⁴ So bei der Absetzung der Landesdirektoren für Land- und Forstwirtschaft Max Kolter (5. 11. 1945) und Hans Lukaschek (10. 9. 1946), beide CDU; LATH-HStA Weimar, LATH-BMP, Nr. 71, Bl. 18r u. 19r, sowie Nr. 71/3, Bl. 16r-20r.

gung gegen die Sozialdemokratie³⁵ geprägt. Doch setzte er sich durchweg für ein besseres Verhältnis zu den Deutschen ein, bemühte sich, ihr Denken und Handeln zu verstehen, und suchte weit über das übliche Maß hinaus das Gespräch mit ihnen.³⁶ Das zeigte auch sein Ende November 1948 nach Moskau geschicktes Memorandum zur Besatzungspolitik – eines der bemerkenswertesten Dokumente dieser Art überhaupt.³⁷ Brachiale Methoden hieß Kolesničenko nie gut; auch nicht die Methoden innerparteilicher „Säuberung“, mit denen die SED-Spitze seit 1948 eine „Partei neuen Typus“ schuf und denen Ende 1949 die gesamte Thüringer SED-Landesleitung zum Opfer fiel.³⁸

Als die beiden Thüringer SED-Landesvorsitzenden Hoffmann und Eggerath am 6. Januar 1947 ihr Schreiben an Kolesničenko richteten, standen sie bereits selbst mit dem Rücken an der Wand – wegen ihres heiklen Verhältnisses zu Ministerpräsident Paul und wegen der innerparteilichen Lage. Wie in allen Landesverbänden war das Verhältnis zwischen den ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern alles andere als harmonisch. Doch die Thüringer SED hatte besondere Probleme. Unter den früheren Sozialdemokraten gab es hier viele Anhänger Hermann Brills³⁹ und seines „Manifests demokratischer Sozialisten“, unter den Kommunisten viele „Buchenwälder“ und einstige Angehörige kommunistischer Oppositionsgruppen (KPO, Leninbund), die allesamt der exilkommunistischen Ul-

³⁵ Kolesničenko sei ausgesprochen SPD-feindlich eingestellt gewesen; vgl. Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966, S. 85.

³⁶ Regelmäßige Spitzenberatungen mit dem Landes- bzw. Ministerpräsidenten Paul 1945 bis 1947; LATH-HStA Weimar, LATH-BMP, Nr. 513 u. Nr. 514. Auch die Wortprotokolle seines Gesprächs mit dem designierten parteilosen Leiter des Thüringer Wirtschaftsstaabs Günter Seeliger am 3. 6. 1946 und mit Studenten und Professoren der Jenaer Universität am 16. 4. 1947 geben darüber Auskunft; GARE, 7184/1/15a, Bl. 232r-238r, russisch, und LATH-HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Volksbildung, Nr. 3285, Bl. 67r-93r, deutsch.

³⁷ Darin prangerte Kolesničenko rabiate besatzungspolitische Praktiken ebenso an wie die schlechte Moral der Besatzungstruppen. Er verlangte mehr Eigenständigkeit für die SED, aber auch größere Bewegungsfreiheit für die „bürgerlichen Parteien“; vgl. Memorandum des Chefs der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen I. Kolesničenko für B. Ponomarev zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland, 29. 11. 1948, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik, S. 183–198.

³⁸ Vgl. Eberhart Schulz, Abkehr von innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur „Partei neuen Typus“ in Thüringen 1948 bis 1951, Jena 1998, S. 42–53. Der SED-Landesvorstand wurde abgelöst, die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden – Heinrich Hoffmann (ehemals SPD) und Erich Kops (ehemals KPD) – wurden abgesetzt, Hoffmann wurde nach Mecklenburg abgeschoben und zeitweise sogar aus der SED ausgeschlossen.

³⁹ Hermann Brill (1895–1959) war Lehrer und sozialdemokratischer Politiker in Thüringen. Nach Berufsverbot und aktivem Widerstand gegen das NS-Regime war er von 1943 bis 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert. Dort war Brill Initiator eines Volksfront-Komitees. Nach der Befreiung wurde er Berater der US-Militärregierung in Weimar, dann in Thüringen kommissarischer Bevollmächtigter der Staatsregierung und vom 9. 6. bis 16. 7. 1945 Regierungspräsident. Unter sowjetischer Besatzung war er ab Juli 1945 Vorsitzender des Bunds demokratischer Sozialisten/SPD-Landesverband Thüringen. Ab Dezember 1945 war Brill in West-Berlin und dann in Hessen, wo er von 1946 bis 1949 Chef der Staatskanzlei war.

bricht-Gruppe ein Dorn im Auge waren.⁴⁰ Zudem war der eigenwillige, aber mit Rückhalt beim SMATH-Verwaltungschef handelnde Landes- beziehungsweise – seit dem 4. Dezember 1946 – Ministerpräsident Paul in der SED höchst umstritten. Der linksbürgerlich geprägte Jurist und Politiker trat erst 1946 – zur Überraschung vieler – der SED bei. Die SED-Landesleitung beargwöhnte seinen Einsatz für rechtsstaatliche Neuordnungswege, Landeskompetenzen, Interzonenkontakte und für die deutsche Wirtschafts-, Rechts- und Bildungseinheit,⁴¹ erst recht sein Umfeld aus parteilosen oder liberal-, christ- und sozialdemokratischen Milieus. Paul sei kein Sozialist und vertrete eine „bourgeoise Linie“ in der SED.⁴² Die Partei halte nur an ihm fest, weil er wegen seiner guten Beziehungen in den Westen als „wichtige politische Figur“ gelte und von der Militäradministration gestützt werde.⁴³

Die Konflikte zwischen Paul und der SED-Landesleitung weiteten sich um die Jahreswende 1946/47 zu einer handfesten Regierungskrise aus. Paul zog sich für mehrere Wochen von den Amtsgeschäften zurück und nahm sie erst am 8. Januar 1947 wieder auf. Kurz zuvor informierten die SED-Landesvorsitzenden am 6. Januar – am Tage ihres Schreibens an Kolesničenko – das Büro Ulbricht über ihre Differenzen mit Paul, der ein „Übergewicht“ als Ministerpräsident verlange und „eine von uns abweichende Haltung“ beziehe.⁴⁴ Kurze Zeit später eskalierte der Konflikt erneut. Paul zog sich in eine längere „politische Krankheit“ zurück. Die Amtsgeschäfte wurden kommissarisch per Landtagsgesetz (25. 3. 1947) auf Eggerath übertragen. Doch Sokolovskij und das SED-Zentralsekretariat ordneten die Amtrückkehr Pauls und ein personelles Revirement in der Thüringer SED-Landesregierung an und stellten so die Thüringer Landesleitung⁴⁵ ebenso vor vollendete Tatsachen wie Kolesničenko, der bereits eigene Pläne der Regierungsumbildung hegte.⁴⁶ Paul nahm im Mai 1947 seine Tätigkeit als Ministerpräsident wieder auf, die aber

⁴⁰ Vgl. Steffen Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 403–495, und Jochen Černý, „Feindliche Elemente“. Frühere KPD(O)-Mitglieder in KPD und SED, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 38 (2002), S. 182–213, hier S. 188–192.

⁴¹ Dazu und zur Flucht Pauls Anfang September 1947 vgl. Jürgen John, *Die „Ära Paul“ in Thüringen 1945 bis 1947. Landespolitische Möglichkeiten und Grenzen in der frühen SBZ* (erscheint 2018 im Böhlau-Verlag).

⁴² So der stellvertretende Thüringer Landesdirektor für Justiz und Leiter der Gesetzgebungsabteilung Karl Schultes (SED) in seinem Text „Die SED – eine kritische Betrachtung“ vom Sommer 1946; *Archiv Institut für Zeitgeschichte*, ED 188 (Nachlass Karl Schultes), Bd. 36, n. f. Paul war vor 1933 als Geraer Rechtsanwalt DDP-Mitglied, 1945 trat er zunächst LDP-nah auf, blieb aber bis zu seinem SED-Beitritt im April 1946 parteilos.

⁴³ So Heinrich Hoffmann und Ernst Busse (KPD/SED), damals noch 1. Vizepräsident Thüringens, am 5. 10. 1946 in einer Krisensitzung des SED-Landessekretariats; LATH-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–030, Bl. 55r–59r, und Hoffmann am 21. 5. 1947 in seiner Charakteristik Pauls für das SED-Zentralsekretariat; BArch, SAPMO, NY 4090/303, Bl. 30r u. Bl. 31r.

⁴⁴ BArch, SAPMO, NY 4182/912, Bl. 65r.

⁴⁵ LATH-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3–031, Bl. 79r–99r u. Bl. 103r–107r, Protokolle der Sekretariats-Sitzungen vom 30. 4., 3. 5. u. 12. 5. 1947.

⁴⁶ GARE, 7184/1/19, Bl. 151r–154r, Bl. 178r u. Bl. 179r.

schon bald vom Scheitern der – gesamtdeutsch gedachten – Münchner Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni überschattet wurde und schließlich mit seiner Flucht in den Westen Anfang September 1947 ein dramatisches Ende fand.

V. Umbau des Kommandanturnetzes

Das „Perestrojka“-Programm schloss einen strukturellen Umbau des Kommandanturnetzes ein. Dieses war zwar 1945/46 schon mehrfach verändert und im Sommer 1946 im Zuge wirtschaftspolitischer Kompetenzerweiterung auch personell aufgestockt worden.⁴⁷ Doch erwiesen sich die rund 224 Kreis-, Stadt- und Stadtteilkommandanturen in der SBZ (Berlin nicht mitgerechnet) Anfang 1947 mehrheitlich als ziemlich renitente Gebilde, die den Übergang zu einem stärker politisch ausgerichteten Besatzungsregime erschwerten. Sie waren vielerorts zu Stätten eines entspannten Militärdienstes junger Offiziere geworden, welche sich auch dem Verbot selbständigen Wirtschaftens nicht beugen wollten. So wurde die Entmachtung der Kommandanturen zu einer wesentlichen Aufgabe des „Perestrojka“-Konzepts. Ende Dezember 1946 befahl der Chef der SMAD, die Versorgungsbetriebe bei Kommandanturen, Militäreinheiten und sonstigen sowjetischen Einrichtungen weitgehend aufzulösen und in deutsche Hände zu übergeben.⁴⁸ Am 13. Februar erteilte der SMAD-Stabschef die Weisung, alle Kommandanturen finanzbuchhalterisch den jeweiligen Landes-SMA direkt zu unterstellen.⁴⁹ Damit begann die Liquidation der 1945 eingerichteten Bezirkskommandanturen, die sich längst überlebt hatten. Mit dem Befehl Nr. 0261 des Obersten Chefs der SMAD vom 2. August 1947 wurden sie schließlich aufgelöst.⁵⁰

Des Weiteren war zu klären, welchen Platz die Kreis- und Ortskommandanturen haben sollten, wenn stärker auf Kontrolle statt Intervention gesetzt würde.⁵¹ Kolesničenko wollte operative Einsätze in den Gemeinden minimieren und die Macht lokaler Kommandanten dauerhaft eindämmen. Im Interesse politischer Einflussnahme sollten stattdessen die Kreiskommandanturen kompetenter und zugleich deren Vollmachten klar auf das Führungspersonal beschränkt werden. Ihr politischer Apparat war auszubauen. Den Landes-SMA kam bei alledem entscheidende Bedeutung zu. Auch dafür war Kolesničenko besonders prädestiniert. Denn er hatte in akuten Einzelfällen schon Maßnahmen zur Eingrenzung lokalen Eigensinns in der Besatzungsverwaltung ergriffen und dabei – anders als etwa der

⁴⁷ Vgl. auch Foitzik (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen*.

⁴⁸ Befehl Nr. 0412 vom 28. 12. 1946; GARF, 7317/7/28, Bl. 181r-186r.

⁴⁹ Anweisung Nr. 08 Michail M. Dratvins vom 13. 2. 1947; GARF, 7317/8/52a, Bl. 72r.

⁵⁰ GARF, 7317/7/48, Bl. 164r, 165r. Die Kreis- und Stadtkommandanturen wurden den Länder-SMA unmittelbar unterstellt.

⁵¹ Ende Januar 1947 verkündete Sokolovskij einen neuen Personalschlüssel für die SMAD-Strukturen: Befehl Nr. 033 vom 31. 1. 1947, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 164r u. Bl. 165r. Er ließ 70 örtliche Kommandanturen schließen: Befehl Nr. 036 vom 1. 2. 1947, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 192r-198r. In Thüringen wurden acht Kommandanturen geschlossen; GARF, 7184/1/16, Bl. 48r. Dies entsprang noch nicht der „Perestrojka“-Idee, sondern folgte früheren Optimierungsversuchen.

Verwaltungschef der SMA Sachsen – nicht nur rein disziplinarische Mittel gegen Einzelpersonen genutzt, sondern in strukturellen Kategorien gedacht. Der nun beginnende Umbau des Kommandanturnetzes gab den Politoffizieren der Verwaltungen und Abteilungen für Propaganda (ab Mai 1947: „für Information“) der Landes-SMA mehr Aktionsraum. Und er verband sich mit der Tendenz, künftig alle sowjetischen Instanzen in der SBZ lebensweltlich von der deutschen Bevölkerung weiter abzuschotten, das heißt das Personal zu kasernieren oder in gesonderten Stadtbezirken („Städtchen“) zusammenzufassen.⁵²

VI. Ausblick

Dringend nötig sind weitere Forschungen zu den hier skizzierten und dokumentierten Vorgängen an der Jahreswende 1946/47, zu den Möglichkeiten und Grenzen des damals eingeleiteten „Perestrojka“-Konzepts sowie zu all dem, was sich mit dem Begriff „Besatzungsherrschaft als soziale Praxis“ umschreiben ließe.⁵³ Angestrebt wurde ein flexibleres Besatzungsregime bei absehbar längerer Besatzungsdauer, ein Rückbau des Militärischen zugunsten politisch ausgerichteter Formen, ein neuer Arbeitsstil im Umgang mit den Deutschen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für deutsche Instanzen. Das Konzept war nicht darauf angelegt, die sowjetischen Protagonisten einer gesamtdeutschen oder die einer zonenstaatlichen Lösung der „deutschen Frage“ zu stärken. Es ging nicht um eine deutschlandpolitische Strategieentscheidung, sondern um ein effektiveres Besatzungsregime. Doch hing das Schicksal der Neu-Konzeption sehr wohl von den deutschlandpolitischen Konstellationen ab. Im Vorfeld der alliierten Moskauer Außenministerkonferenz und im Kontext sowjetischer Bemühungen um einen Friedensvertrag mit Deutschland verband es sich zunächst noch mit der Suche nach gesamtdeutschen Problemlösungen und schloss die Überlegung ein, weiterhin auf dezentrale Wege zu setzen. Das änderte sich mit den zur verstärkten Ost-West-Konfrontation führenden, weichenstellenden Entscheidungen Mitte 1947. Wie sich nun bald zeigte, konnten die Methoden eines stärker politisch ausgerichteten Besatzungsregimes auch einer sowjetischen Kursänderung hin zum Ostzonenstaat dienen, wie sie sich im Herbst 1947 ankündigte und 1948 virulent wurde, als der „Kalte Krieg“ in Fahrt kam. Die mit dem „Perestrojka“-Konzept optimierten Herrschaftsmittel kamen nun dem beschleunigten Zentralisierungstrend, dem Rückbau der Länderkompetenzen, dem Ausbau zentraler Verwaltungen und des SBZ-Repressionssystems zugute. Es gehört zu den kuriosen Wendungen der Geschichte, dass ein Konzept, dessen Initiatoren ein „besseres Verhältnis zu den Deutschen“ anstrebten, schließlich half, die Repressionsmittel zu „verbessern“.

⁵² Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 022 vom 24. 1. 1947 zur Herstellung standardisierter Holzhäuser, in: GARF, 7317/7/43, Bl. 115r-140r; Umquartierungs-Direktiven vom 27.6. u. 8. 7. 1947, in: GARF, 7317/7/42, Bl. 33r-40r, 46r-48r.

⁵³ Vgl. Elke Scherstjanoi, Besatzungsherrschaft als soziale Praxis. Quellen für sozial- und kulturhistorische Zugänge im SMAD-Bestand, in: Brunner/Scherstjanoi (Hrsg.), Moskaus Spuren, S. 99–108.

Dokument Nr. 1: Schreiben des Chefs der Verwaltung der SMA Thüringen, Garde-Generalmajor Ivan S. Kolesničenko, an den Obersten Chef der SMAD (14. Januar 1947)⁵⁴

Streng geheim

Ex. Nr. 2

14. Januar 1947

Nr. 022

An den Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland

Marschall der Sowjetunion Gen. Sokolovskij

Ihre von mir erhaltene Direktive mit der Nr. 7051/III vom 27. Dezember 1946⁵⁵ wurde auf einer Beratung der Bezirks-, Kreis- und Stadtkommandanten, Leiter der Politabteilungen der Bezirke, Stellvertreter für politische Angelegenheiten der Militärkommandanturen, Leiter der Propagandaabteilungen der Bezirke und Kreise und Abteilungs- sowie Unterabteilungsleiter der Verwaltung der SMA des Bundeslands Thüringen⁵⁶ studiert.

Auf der Beratung, an der Gen. Generaloberst Serov und Gen. Generaloberst Boldin teilnahmen, hielt ich einen ausführlichen Vortrag mit dem Ziel, den Anwesenden die allgemeinen Ziele unserer Politik in Deutschland und die Notwendigkeit des Umbaus [perestrojka] und der Veränderung des Arbeitsstils im Zu-

⁵⁴ Wir drucken hier das Begleitschreiben und den Vortragstext vollständig ab, aus der Diskussion nur den Beitrag Serovs. Wir geben die russischen Signaturen an, die auch im BArch gelten. Auf die hier edierten Texte ging bereits Creuzberger, Sowjetische Besatzungsmacht, S. 106–110, ein. Der von ihm angegebene Fundort ist im AVPRF nicht zu verifizieren. Einer Archivauskunft zufolge sind die Dokumente unter der von Creuzberger genannten Signatur nicht (mehr) auffindbar. In den für diese Edition verwendeten Quellen sind das Begleitschreiben (Bl. 6r) und die Hälfte des Vortragstextes (S. 1–10, Bl. 7r-17r) per Hand durchgestrichen. Eine Erklärung dafür fand sich nicht. Die Struktur des Typoskripts ist hier leicht abgewandelt, einige Absätze sind aufgehoben, die Überschriftengestaltung ist optimiert. Die wenigen, durchweg belanglosen handschriftlichen Korrekturen sind nicht ausgewiesen. Eckige Klammern bieten Hilfen zum Verständnis. Die russischen Namen sind in der wissenschaftlichen Transkription wiedergegeben. Deutsche Namen können durch die Rückübertragung aus dem Russischen entstellt sein. Bei Abkürzungen für deutsche Parteien wurde nicht transkribiert, sondern auf die gängigen deutschen Abkürzungen zurückgegriffen. Die Unterstreichungen entsprechen – auch wenn nicht gesondert ausgewiesen – der Vorlage. Namen erscheinen in Kapitälchen entsprechend der Vorlage. Bei Untergliederung nach Buchstaben ist die russische Buchstabenfolge – unter Korrektur von Nummerierungsfehlern – in die deutsche übertragen worden.

⁵⁵ Diese Direktive ist in der Akte nicht überliefert und konnte bislang nicht ermittelt werden.

⁵⁶ Die Sowjetische Besatzungszone bestand aus Ländern und (ehemals preußischen) Provinzen, die nach Auflösung des Staats Preußens 1947 zu Ländern erklärt wurden. Die offizielle sowjetische Bezeichnung der Länder lautete „federal'naja zemlja“, was hier mit „Bundesland“ übersetzt wird.

sammenhang mit der veränderten Lage zu erläutern, wie Sie es in Ihrer Direktive fordern.

Den Vortrag und eine Aufzeichnung der Redebeiträge schicke ich Ihnen zu Ihrer Behandlung zu und erbitte Ihre Anweisungen zu den von mir vor den Mitarbeitern der SMA-Verwaltung und Kommandanturen entwickelten Vorgaben.⁵⁷

Anlage:

Vortrag auf 24 Blatt,

Aufzeichnung der Redebeiträge auf 8 Blatt

Der Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration des Bundeslands Thüringen, Garde-Generalmajor (Kolesničenko)⁵⁸

Ausgefertigt in 2 Ex.

Ex. 1 an den Adressat

Ex. 2 in die Akte

13. Januar 1947

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 6, russ., ms. Ausfertigung.

Dokument Nr. 2: Vortrag des Chefs der Verwaltung der SMA Thüringen, Ivan S. Kolesničenko (10. Januar 1947)

- V o r t r a g -

Über die Aufgaben der SMA-Verwaltung Thüringen und der Kommandanturen sowie über die Beziehungen zu den deutschen Machtorganen angesichts der neuen Situation

Genossen! Unsere Beratung ist keine übliche Arbeitsberatung zur Klärung konkreter Aufgaben in unserer täglichen politischen Arbeit. Der Zweck unserer heutigen Beratung besteht darin, die allgemeinen Prinzipien unserer Besatzungspolitik und unserer Beziehungen zu den deutschen Machtorganen zu erläutern und zu klären. Diese Aufgabe ergibt sich notwendigerweise aus den stattgefundenen

⁵⁷ In seinen Erinnerungen schrieb Kolesničenko, er habe seinen Vortrag („Bericht“, „Instruktion“) in gekürzter Form an Sokolovskij geschickt, der ihn als „Anweisung“ an die Länder-SMA verschickt habe; vgl. Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko, Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, S. 93; ders., Bitva posle vojny (Schlacht nach dem Krieg), Moskau 1987, S. 132. Der SMAD-Stabschef Michail M. Dratvin schrieb in seinem Versandschreiben vom 24. 1. 1947 an die SMA-Verwaltungschefs der anderen Länder und Provinzen der SBZ, der Vortrag diene „zur Information und zur Nutzung in Ihrer praktischen Arbeit“; GARF, 7317/7/42, Bl. 2r.

⁵⁸ Das Begleitschreiben trägt keine handschriftliche Abzeichnung Kolesničenkos, aber einen Vermerk für die Richtigkeit, gez. vom Leiter der Geheimen Abteilung der Stabskanzlei der SMA-Verwaltung Thüringen, Name unleserlich.

Wahlen und der Entstehung gewählter deutscher Machtorgane.⁵⁹ In Thüringen stellt der gewählte Landtag nun die exekutive und legislative Macht dar, er repräsentiert die Interessen breiter Kreise der Bevölkerung. Der Landtag wie auch die unteren gewählten Machtorgane müssen im Namen ihrer Wähler und gestützt auf die demokratischen Kräfte im Land nun das Programm zum Aufbau eines demokratischen Deutschlands verwirklichen und eine breite Initiative bei der Leitung des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens der Provinz entwickeln.

Es scheint, als könnten die demokratisch gewählten Machtorgane diese Aufgaben dank der Anwesenheit der Besatzungsorgane leicht erfüllen, weil die reaktionären Kräfte, in erster Linie die nazistischen Elemente, der Demokratisierung nicht offen Widerstand leisten können und es nicht wagen, den Kampf zum Sturz der demokratische Macht offen auszutragen. In Wirklichkeit wurde die Arbeit der Machtorgane jedoch bedeutend erschwert durch unser unkompetentes Verhalten ihnen gegenüber, das sich aus dem Unverständnis für die entstandene Lage und für unsere Aufgaben zur Demokratisierung Deutschlands ergibt. Um in Zukunft das politische Leben in der Provinz [Thüringen] zu aktivieren, die Demokratie zu festigen, eine richtige Leitung der Wirtschaft zu erreichen sowie Initiative und Verantwortlichkeit der deutschen demokratischen Machtorgane zu sichern, müssen wir uns selbst über die eigenen Aufgaben Klarheit verschaffen, die entstandene Situation analysieren und die Beziehungen zu den deutschen Machtorganen und demokratischen Organisationen so gestalten, dass sie nicht nur auf unser Kommando hin arbeiten, sich nicht kleinlich gegängelt fühlen, sich nicht als nur „verlängerter Arm der SMA“ verstehen – wie sich die Deutschen ausdrücken –, sondern in der Tat deutsche Machtorgane sind, die die Interessen der deutschen Bevölkerung vertreten und sich um sie kümmern, so wie es sich für Machtorgane gehört.

1. DIE AUFGABEN UNSERER BESATZUNGSPOLITIK

Wie bereits wiederholt auf verschiedenen Beratungen betont wurde, müssen wir in Deutschland drei Hauptaufgaben lösen:

1. Deutschland demilitarisieren;
2. eine wirkliche Demokratisierung Deutschlands gewährleisten;
3. aus Deutschland die uns zustehenden Reparationen entnehmen.

Nicht eine dieser Aufgaben ist bereits gelöst, und unser Aufenthalt hier in Deutschland wird solange andauern, bis diese Aufgaben vollständig gelöst sind. Ich denke nicht, dass wir in diesen für die Zukunft unserer Heimat so entschei-

⁵⁹ Vom 1. bis 15. 9. 1946 fanden in der SBZ die Gemeindewahlen (in Thüringen am 8. 9. 1946), am 20. 10. 1946 die Kreis- und Landtagswahlen und die Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin statt. Anstelle der 1945 in den fünf Ländern und Provinzen der SBZ eingesetzten Präsidien/Landes- bzw. Provinzialverwaltungen traten von den Landtagen gewählte Landes- und Provinzialregierungen. Mit Befehl Nr. 332 vom 27. 11. 1946 übertrug der Oberste Chef der SMAD die Gesetzgebungsgewalt von den Landes- bzw. Provinzialpräsidenten auf die Landtage und die neu gebildeten Regierungen. Der am 20. 10. 1946 gewählte Thüringer Landtag konstituierte sich am 21. 11. 1946, wählte am 4. 12. 1946 den Ministerpräsidenten und die Landesregierung und verabschiedete am 20. 12. 1946 die Landesverfassung.

denden Punkten dem Druck unserer Alliierten und der Weltreaktion nachgeben sollten, die andere Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands und den zukünftigen internationalen Beziehungen haben.

Die Demilitarisierung Deutschlands und die Entnahme von Reparationen bereiten uns im Grunde keine großen Schwierigkeiten, wenn man nur die Sowjetische Besatzungszone und insbesondere Thüringen im Blick hat.

Bei der Demilitarisierung Thüringens und der Reduzierung seines kriegswirtschaftlichen Potenzials haben wir auf dem Gebiet der Wirtschaft eine große Arbeit geleistet.

In Thüringen sind insgesamt 372 Betriebe demontiert worden, davon rein militärische: 236. Das versetzte uns in die Lage, 131.725 Ausrüstungseinheiten in unser Land abzutransportieren, wofür 27.471 Waggons benötigt wurden. (Zeiss und andere Werke, die gerade demontiert werden, sind in diesen Angaben nicht enthalten). Von insgesamt 387 Rüstungsbetrieben wurden 236 demontiert, 36 wurden in sowjetisches Eigentum überführt, für 88 Betriebe stehen die Entscheidungen noch aus.

Erfasst, den Truppen übergeben beziehungsweise vernichtet wurden rund 270.000 Tonnen verschiedener Munition, rund 75.000 Gewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Granatwerfer und andere Artilleriewaffen, über 600 Panzer und Schützenpanzerwagen, 526 Flugzeuge verschiedenen Typs und 6.368 Flugzeugmotoren. Erfasst und vernichtet wurden 1.419 Verteidigungs- und Schutzanlagen. Auf der Grundlage des Befehls Nr. 2 des [Alliierten] Kontrollrats⁶⁰ wurden rund 18.000 Feuer- sowie Hieb- und Stichwaffen von der deutschen Bevölkerung eingezogen. Erfasst wurde der gesamte Vorlauf der Rüstungsproduktion, 80.000 Tonnen Gusseisen und Buntmetall wurden bereits für die Nutzung an die Industrie übergeben. Erfasst und unter Kontrolle gebracht wurde der gesamte Kasernenbestand in Thüringen – 1.095 Objekte, die Schritt für Schritt ebenfalls zerstört werden. Erfasst wurden 103 Generäle und Oberste der deutschen Armee und über 6.000 andere Offiziere, die Kontrolle über deren [jetzige] Tätigkeit ist gewährleistet. Unter Kontrolle genommen wurden die deutschen Feuerwehrkommandos, die Polizei, Sportvereine, Lehreinrichtungen. Kriegsmuseen wurden aufgelöst.

Bei der geleisteten umfangreichen Arbeit darf man dennoch nicht annehmen, dass wir die Demilitarisierung Deutschlands beendet hätten oder ihrem Abschluss entgegengehen. Es steht uns viel große Arbeit bevor, sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch – und insbesondere – auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Beziehungen und der Ideologie. Diese Arbeit beansprucht eine lange Zeitperiode und sie ist eng mit den Fragen der Demokratisierung Deutschlands verbunden.

Mit gewissen Schwierigkeiten haben wir [in Thüringen] den Plan für die Reparationslieferungen für 1946 nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Der Plan der Reparationslieferungen betrug 1946 für Thüringen 356,4 Millionen Mark. Erfüllt wurde er mit 363 Millionen Mark oder zu 102 Prozent. Sicher, hinsichtlich der

⁶⁰ Kontrollrats-Befehl Nr. 2 „Einzugung und Ablieferung von Waffen und Munition“ vom 7.1.1946.

Warenschlüssel haben wir den Plan nicht erfüllt. Aber eine ganze Reihe von Aufträgen war offenkundig unrealistisch, die Rohstoffe dafür waren nicht vorhanden, nicht nur in Thüringen, sondern in unserer gesamten Sowjetischen Zone. Vergessen wir auch nicht, dass die Erfüllung der Reparationslieferungen ständig auf Widerstand der Deutschen stieß. Und wir haben uns durch unseren bei Weitem nicht vollkommenen Wirtschaftsapparat und durch die Verwaltung für Reparationen auch selbst behindert und nicht selten unnötigerweise deutschen Firmen und deutschen Verwaltungsorganen vertraut.

Die Erfüllung des Plans nach Preisen und der notwendige Austausch einiger Warennomenklaturen sind natürlich auch eine Hilfe für unser Land, aber es ist verständlich, dass die Bestellungen laut Plan von den Bedürfnissen des allgemeinen Wirtschaftsplans in unserem Land ausgehen und es für uns wichtig ist, genau die bestellten maschinellen Ausrüstungen, Waggons, Zementwerke und so weiter zu liefern, statt sie durch Plunder und andere Erzeugnisse der Leichtindustrie zu ersetzen.

Wir müssen künftig unter allen Umständen erreichen, dass die Pläne für die Reparationslieferungen streng in Übereinstimmung mit den Aufträgen erfüllt werden. Und wenn wir über den Plan hinaus noch Erzeugnisse der Leichtindustrie zusätzlich anbieten und die Verwaltung für Reparationen sie annimmt, so wird uns niemand dafür rügen. Bei allen Schwierigkeiten, Unstimmigkeiten und dem Widerstreben der Deutschen ist es uns dennoch gelungen, den Plan der Reparationslieferungen in Preisen für das Jahr 1946 zu erfüllen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir auch künftig die Entnahme von Reparationen aus Thüringen werden gewährleisten können.

Die schwierigste, komplizierteste und vielleicht wichtigste Aufgabe bleibt künftig die Demokratisierung Deutschlands.

Was ist auf diesem Gebiet erreicht worden?

1. Es sind demokratische antifaschistische Parteien entstanden, die in ihren Reihen 301.823 Mitglieder vereinen.
Davon entfallen auf: die SED 234.700 Mitglieder
die LDP 34.723 Mitglieder
die CDU 32.400 Mitglieder.
2. Es sind freie deutsche Gewerkschaften gebildet worden, die bereits 580.000 Mitglieder haben.
3. Es sind freie deutsche Jugendverbände mit 57.000 Mitgliedern entstanden.
4. Es sind 1.234 antifaschistische Frauenkomitees mit 15.300 Frauen entstanden.
5. Es ist der Kulturbund gebildet worden, der rund 5.000 Personen der deutschen Intelligenz vereinigt.

Insgesamt sind in diesen demokratischen Organisationen rund 800.000 Menschen vereinigt. Wenn man berücksichtigt, dass die Zahl der erwachsenen Bevölkerung in Thüringen (vom Wahlalter an) rund 1.600.000 beträgt, so ergibt sich, dass die demokratischen Organisationen 50 Prozent der Bevölkerung vereinigen.

In der Vergangenheit sind eine Reihe von wichtigen politischen Maßnahmen und Reformen durchgeführt worden:

- a) Durchgeführt wurde eine Bodenreform. 486 Wirtschaften von Großgrundbesitzern mit einer Fläche von [insgesamt] 150.788 Hektar sowie 466 Wirtschaften hochgestellter Nazis mit einer Fläche von [insgesamt] 8.596 Hektar wurden konfisziert. 49.842 Wirtschaften und 997 Gemeinden erhielten Land aus der Bodenreform. Verteilt wurden außerdem 48.864 Pferde, Rinder, Ziegen und Schafe sowie 3.245 verschiedene landwirtschaftliche Maschinen. Den Gutsbesitzer- und Junkerelementen und den Nazigrößen wurde ein vernichtender wirtschaftlicher Schlag versetzt. Das ist eine demokratische Maßnahme, die im Dorf tiefe Spuren hinterlassen hat und die Demokratisierung Thüringens fördert.
- b) Durchgeführt wurde eine Schulreform. Sie schuf ein einheitliches demokratisches Bildungssystem, das die freie Entwicklung der deutschen Jugend ohne gesetzlich verankerten Einfluss der Kirche sowie den Zutritt zur Bildung für alle Bevölkerungsschichten unabhängig von der Vermögenslage garantiert.
- c) Durchgeführt wurde die Säuberung des deutschen Apparats von nazistischen Elementen. In deren Folge wurden 59.137 Mitglieder der nazistischen Partei und anderer faschistischer Organisationen entlassen, 17.052 Personen wurden nicht zur [früheren] Tätigkeit zugelassen. Von Leitungsstellen in Industrie und im Handel, wo sich bis auf den heutigen Tag noch 48.540 Nazis befinden, wurden nur 16.457 Personen entlassen. In verschiedenen Einrichtungen sind noch 18.666 ehemalige NSDAP-Mitglieder verblieben. Somit ist diese Arbeit noch lange nicht beendet, die Säuberung des Apparats ist auf die entschiedenste Weise fortzuführen.
- d) Und schließlich wurden Gemeindewahlen und Wahlen zu den Kreis- und Landtagen durchgeführt.

Die Wahlergebnisse bei diesen Wahlen waren [in Thüringen] folgende:

Gemeindewahlen.

gestimmt haben für die SED 50,5 Prozent,
 die LDP 25,7 Prozent,
 die CDU 18,2 Prozent.

Wahlen zu den Kreistagen.

gestimmt haben für die SED 51,5 Prozent,
 die LDP 19,29 Prozent,
 die CDU 23,73 Prozent.

Wahlen zum Landtag.

gestimmt haben für die SED 49,29 Prozent,
 die LDP 24,73 Prozent,⁶¹
 die CDU 18,94 Prozent.

Die Wahlen waren direkte, mit geringen Beschränkungen (ehemalige Mitglieder der NSDAP konnten nicht gewählt werden) und geheimer Stimmabgabe. Die

⁶¹ Die Angabe ist unzutreffend. Die LDP erreichte bei den Landtagswahlen in Thüringen 28,5 Prozent.

Wahlergebnisse zeigten, dass die Mehrheit der Wähler für die SED stimmte, für die konsequenteste demokratische Partei.

Bedeutet das nun, dass in Thüringen die Demokratisierung gut voran geht?

Nein, das bedeutet es nicht.

Die große Zahl der Mitglieder der antifaschistischen demokratischen Organisationen, die große Anzahl durchgeführter demokratischer Maßnahmen und politischer Massenkampagnen dürfen uns nicht blind machen.

Den Antworten des Genossen STALIN auf die Deutschland betreffenden Fragen des Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Herrn BAILLIE,⁶² entnehmen wir, wie unsere Politik in Deutschland sein sollte. Genosse STALIN sagt klar:

1. Die politische Einheit Deutschlands ist wiederherzustellen;
2. Es ist eine zentrale deutsche Verwaltung zu schaffen;
3. Die in allen Besatzungszonen stattgefundenen Wahlen geben uns bislang nicht die Sicherheit, dass sich Deutschland politisch auf demokratischem Wege entwickeln wird;
4. Das Niveau der deutschen Industrie muss angehoben werden;
5. Die Überreste des Faschismus sind in Deutschland wirklich vollständig auszurotten, Deutschland muss von Grund auf demokratisiert werden;
6. Man muss dem deutschen Volk erlauben, seine Industrie und den Handel wiederherzustellen, damit sich die Deutschen selbst versorgen können;
7. Das Potsdamer Abkommen ist zu erfüllen, insbesondere auf dem Gebiet der Demokratisierung Deutschlands;
8. Auch die zweitrangigen Kriegsverbrecher sind zu ermitteln und abzuurteilen;⁶³
9. Und schließlich: die Westgrenze Polens ist als dauerhaft zu betrachten.

Zu allen Grundfragen unserer Politik in Deutschland liegen also klare Weisungen des Gen. STALIN vor. Man kann sich nur wundern, warum dieses wichtige Dokument (ich meine die Antworten des Genossen STALIN) keine Beachtung gefunden hat.

Aus den Antworten des Genossen STALIN ist klar ersichtlich, dass er mit dem Stand der Demokratisierung Deutschlands unzufrieden ist. Das ist eine direkte Mahnung an uns, denn wir sind für die Demokratisierung Deutschlands verantwortlich. Man muss offen zugeben, dass wir den Vorwurf des Genossen STALIN

⁶² Hugh Baillie (1890–1966) stellte am 23. 10. 1946 Stalin Fragen zur internationalen Lage und erhielt knappe Antworten. Stalin sprach von einer notwendigen wirtschaftlichen und politischen Einheit und einem notwendig höheren als ursprünglich in Potsdam erwogenen Lebensstandard in Deutschland. Zugleich sei er sich noch nicht sicher, ob sich Deutschland wirklich demokratisch entwickeln werde. Churchill und andere Politiker in England und Amerika machte er für die zunehmende Gefahr für den Weltfrieden verantwortlich, lehnte aber eine Bewertung der russisch-amerikanischen Beziehungen als zunehmend angespannt, wie es der US-Außenminister James F. Byrnes am 6. 9. 1946 in seiner Stuttgarter Rede angedeutet hatte, ab; vgl. Pravda vom 30. 10. 1946.

⁶³ Hier wird auf den am 1. 10. 1946 abgeschlossenen Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher angespielt. Stalin hielt weitere Prozesse für richtig.

völlig verdient haben. Vielleicht denkt der eine oder andere, Genosse STALIN habe nur die westlichen Besatzungszonen gemeint? Das wäre nicht richtig. Obgleich es um die Demokratisierung in den Westzonen noch schlechter bestellt ist als bei uns, können auch wir uns nicht damit brüsten, dass wir alles getan hätten, um in dieser Frage Erfolge zu erringen. Und wir müssen berücksichtigen, dass sich die Alliierten nicht gerade eifrig für die Demokratisierung Deutschlands und die Ausrottung des Nazismus einsetzen. Umso mehr müssen wir in unserer Zone die Demokratie entschieden voran bringen und festigen, jegliche Überreste des Nazismus in unserer Zone ausrotten, damit die Sowjetische Besatzungszone so stark und einflussreich und so unentbehrlich wird, dass es das übrige Deutschland nach sich zieht und dem Ansturm der reaktionären faschistischen Elemente selbständig Widerstand leistet und diese auch dann ausrottet, wenn wir die Besatzung beenden und aus Deutschland abziehen.

Wenn man mechanisch, arithmetisch herangeht, so ist in Thüringen hinsichtlich der Entnazifizierung und Demokratisierung sehr viel geleistet worden. Ein unerfahrener Politiker, der die tatsächliche Lage der Dinge nicht kennt, könnte sich mit den Zahlen der abgegebenen Stimmen für die Parteien bei den stattgefundenen Wahlen begnügen und zu der Schlussfolgerung gelangen, dass in Thüringen der Demokratisierungsprozess bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Aber das ist bei Weitem nicht so. Ich erinnere Sie daran, wie die Vorbereitung dieser Wahlen gelaufen ist. Wir haben uns doch auf Schritt und Tritt in alle Kleinigkeiten dieser Vorbereitung eingemischt, um den Sieg der SED zu gewährleisten. Wir haben zu allerlei wirtschaftlichen Maßnahmen gegriffen, haben verschiedene Gerüchte in Umlauf gebracht, unterschiedliche, nicht zu verwirklichende Versprechungen gemacht, nur um der SED die Mehrheit der Stimmen zu sichern. Und einen bedeutenden Prozentsatz der Stimmen bei den Wahlen zu den Kreistagen und zum Landtag erhielt die SED nicht wegen der Sympathie der Wähler, sondern wegen eines versprochenen Zentners Kartoffeln, den wir übrigens nicht ausgeteilt haben und nicht verteilen werden. Möge uns diese „Kartoffeldemokratie“ nicht blind machen! Und wenn man bedenkt, dass wir den anderen Parteien (LDP und CDU) bestimmte Beschränkungen auferlegt haben und mit Maßnahmen gegen sie vorgegangen sind, wobei wir ohne Skrupel und, wo es nötig war, auch ihre führenden Köpfe und gefährliche Figuren verhaftet haben, so wird klar, dass der Prozentsatz, der Wählervoten für die SED abgab, noch nicht die tatsächlichen Stimmungen der Deutschen widerspiegelt.

Somit steht fest, dass ein bedeutender Prozentsatz der Wähler ihre Stimmen der SED nicht aus Sympathie zu ihr abgab, sondern aufgrund einer Reihe von Maßnahmen von unserer Seite, oft auch aus dem Wunsch heraus, der Besatzungsmacht gefällig zu sein, die mit der SED die engsten Beziehungen unterhält und mehr Möglichkeiten besitzt, bei der Militärverwaltung und den Kommandanten etwas zu erreichen. Ich wiederhole, dieser bedeutende Prozentsatz von künstlich erworbenen Stimmen der SED darf nicht unsere Wachsamkeit trüben und darf uns nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen lassen.

In der Tat, nehmen wir einmal die SED. Ist sie tatsächlich die konsequenteste demokratische Partei, wie wir sie oft bezeichnen? Ihr Programm und eine Reihe

von Dokumenten, die ihr politisches Antlitz und ihr Ziel bestimmen, sind in einem bedeutenden Maße selbstverständlich demokratischer als die Programme und die Aktivitäten der bürgerlichen Parteien, der LDP und der CDU. Und ihr Sieg bei den Wahlen ist deshalb auch von uns sicher gestellt worden, genauso wie in den anderen Besatzungszonen der Sieg der bürgerlichen Parteien gesichert worden ist, die von den [westlichen] alliierten Mächten unterstützt werden. Man darf aber nicht vergessen, dass es in der SED nicht wenige Mitglieder gibt, die mit dem Programm der Partei und mit ihrer Politik nicht einverstanden sind und nur aus Angst vor uns schweigen.

In der SED Thüringens gab es zum Zeitpunkt der Vereinigung von KPD und SPD auf dem Gothaer Parteitag am 7. April 1946 rund 70.000 Kommunisten und 85.000 Sozialdemokraten. Gegen Ende 1946 wuchs die SED noch einmal um 80.000 Mitglieder an und zählt jetzt ungefähr 245.000 Mitglieder. Gemessen an der Mitgliederzahl ist sie die stärkste Partei in Thüringen. Ja, und auch gemessen an ihrem Einfluss auf das gesellschaftliche Leben, weil in allen wichtigen öffentlichen Positionen in der Mehrzahl der Fälle Mitglieder der SED tätig sind.

Aber es darf nicht vergessen werden, dass erstens, die Vereinigung von KPD und SPD zwar organisatorisch erfolgte, aber eine geistige Vereinigung in der Mehrheit der Fälle bis jetzt nicht stattfand. Ehemalige Sozialdemokraten, insbesondere aus den Führungskreisen, die aus dem Wahlsieg der SPD in Berlin⁶⁴ Kraft schöpfen, warten nur auf die Gelegenheit, um den Austritt aus der SED und den Wunsch zu erklären, selbständig zu existieren und unter der ideologischen Führung des Profaschisten und Antisowjetisten SCHUMACHER⁶⁵ zu arbeiten. Eine andere Sache ist es, dass wir vielleicht niemals die Tätigkeit der SPD in unserer Zone erlauben werden, die ehemaligen Sozialdemokraten aber darauf hoffen.⁶⁶ In der Hoffnung auf eine selbständige Existenz und Tätigkeit nehmen sie bereits Schritt für Schritt Leitungsposten in der Verwaltung ein, um die Macht in ihren

⁶⁴ Im Juni 1946 hatten sich die Alliierten auf die Zulassung der SED in den Westsektoren Berlins und der SPD im Ostsektor Berlins geeinigt. Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20.10.1946 wurde die SPD mit 48,7 Prozent stärkste Partei, während die SED nur 19,8 Prozent der Stimmen erreichte.

⁶⁵ Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher (1895–1952), als Gegner des NS-Regimes von 1933 bis 1945 (mit einer Unterbrechung 1943) in KZ-Haft, war 1945 von Hannover („Büro Schumacher“) aus in Konkurrenz zum Ost-Berliner Zentral-Ausschuss um Otto Grotewohl maßgeblich an der Wiedergründung der SPD beteiligt und ein entschiedener Gegner der Vereinigung mit der KPD; seit 1946 Vorsitzender der westzonalen SPD.

⁶⁶ Beim Moskauer Treffen der SED-Spitze mit der Sowjetführung (30.1.–7.2.1947) erklärte Grotewohl am 31.1.1947, eine Zulassung der SPD in der SBZ sei unnötig, was Stalin zu dem Zwischenruf veranlasste „Man muß sie zulassen“; zit. nach Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, hier S.299. Vgl. auch die Aufzeichnung des Gesprächs durch den politischen Berater der SMAD Semenow, in: Laufer/Kynin (Hrsg.), UdSSR, Bd. 3. Am 13.5.1947 sprach Grotewohl vor dem SED-Landesvorstand Thüringen über die wahrscheinliche SPD-Zulassung in der SBZ; LATH-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/1-008/1, Bl. 4r-10v. Die SED-Spitze rechnete noch auf ihrer 11. Parteivorstandstagung am 21./22.5.1947 mit der SPD-Zulassung; vgl. Badstübner, Vom „Reich“, S.293–295.

Händen zu haben. Und wir haben diese Taktik der ehemaligen Sozialdemokraten leider nicht rechtzeitig durchschaut, [einfach] übersehen.

Dafür einige Beispiele:

Von den Bürgermeistern, die Mitglied der SED sind, sind 624 ehemalige Sozialdemokraten, 573 ehemalige Kommunisten, 293 (neue) SED-Mitglieder; 226 Bürgermeister sind in der LDP, 225 in der CDU und 357 sind parteilos. Die Mehrheit [der Bürgermeister] stellen dennoch ehemalige Sozialdemokraten.

Unter den Landräten, die Mitglied der SED sind, sind neun ehemalige Sozialdemokraten, elf ehemalige Kommunisten, ein Neumitglied der SED, ein Landrat ist Mitglied der CDU. Hier ist die Situation etwas besser.

In der vom ehemaligen Sozialdemokraten Böhme geleiteten Kommunalabteilung⁶⁷ der Verwaltung Thüringens sind von den elf Mitarbeitern acht ehemalige Sozialdemokraten, ein ehemaliger Kommunist und zwei sind parteilos. In der Abteilung für Industrie und Brennstoffe, die von dem ehemaligen Kommunisten FROMMHOLD⁶⁸ geleitet wird, sind unter den sechs Mitarbeitern vier ehemalige Sozialdemokraten und zwei ehemalige Kommunisten. In der Abteilung für Handel und Versorgung, die vom SED-Mitglied BIEDERMANN⁶⁹ geleitet wird, sind unter den neun Mitarbeitern fünf ehemalige Sozialdemokraten, zwei ehemalige Kommunisten, ein Mitglied der LDP und einer ist parteilos.

In den Apparaten der Landräte und Magistrate ist das Bild noch schlechter. Die Mehrheit der ehemaligen Sozialdemokraten ist in den Schlüsselpositionen untergekommen und festigt offensichtlich ihre Position, um im geeigneten Augenblick die Macht in ihre Hand zu nehmen.

Wir haben diesen Moment gründlich verpasst, jetzt muss man schrittweise und sehr geschickt die Situation korrigieren.

⁶⁷ Curt Böhme (1889–1968), SPD/SED, war vom 16. 8. 1945 bis 3. 12. 1946 Landesdirektor des Innern/für Kommunalwesen und leitete danach die Hauptabteilung Kommunal- und Bauwesen in dem von Ernst Busse (KPD/SED) geleiteten Ministerium für allgemeine Verwaltung/des Innern.

⁶⁸ Ernst Frommhold (1898–1969), KPD/SED, war vom 12. 3. bis 3. 12. 1946 Landesdirektor für Wirtschaft und leitete dann die Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe in dem von Georg Appell (SPD/SED) geleiteten Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

⁶⁹ Der Ingenieur Herbert Biedermann (1904–1989) war parteilos und zunächst als Sonderbeauftragter für Interzonenhandel im Wirtschaftsstab des Landespräsidenten tätig. Am 11. 6. 1946 wurde er auf ausdrücklichen Wunsch Kolesničenko zum Landesdirektor des Landesamts für Handel und Versorgung ernannt. Nach der Regierungsbildung und der Überführung der meisten Abteilungen des Landesamts in die Hauptabteilung Handel und Versorgung des von Georg Grosse (CDU) geleiteten Ministeriums für Versorgung wurde Biedermann mit einem Befehl Kolesničenko vom 29. 12. 1946 zum Leiter des Amts für Interzonen- und Außenhandel im Ministerium für allgemeine Verwaltung/des Innern ernannt. Das SED-Landessekretariat hielt die Entscheidung für „bedenklich“. Dass Kolesničenko Biedermann als „SED-Mitglied“ bezeichnete, ging möglicherweise auf ein Schreiben des 1. Vizepräsidenten Busse vom 3. 6. 1946 an Kolesničenko zurück, in dem jener Biedermann als „SED-nah“ eingeschätzt hatte; GARF, 7184/1/14, Bl. 181r-182r. Nach zeitweiser Untersuchungshaft wegen des Verdachts auf Wirtschaftsvergehen – auf Druck der SMATH wurde er aus der Haft entlassen – floh Biedermann 1949 aus der SBZ.

Zweitens: Die Neumitglieder der SED werden im Grunde vernachlässigt, um ihre politische Fortbildung kümmert sich niemand. Sie können keine zuverlässige Stütze der Partei sein, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten entstehen. Eine politische Schulung in der Partei ist noch nicht richtig organisiert, eine politische Aktivität der Mitglieder der SED auf unterer Ebene ist nicht zu erkennen.

Im besten Fall kommen die Leiter der Parteiorganisationen manchmal auf die Idee, bei den Kommandanturen oder der Militärverwaltung irgendeine kleine praktische Frage zur Sprache zu bringen. Fragen des Staatsaufbaus, der Denazifizierung und Demokratisierung Thüringens, der wirtschaftlichen Wiederherstellung und so weiter finden dagegen in der Regel nicht die Aufmerksamkeit der Partei. Bei den Wahlen hat man die Mehrheit errungen, und damit gibt man sich zufrieden. Mancherorts ist man sofort in einen Tiefschlaf verfallen, bis zur nächsten Massenkampagne.

Diese politische Passivität in der SED ist kein Zufall. Sie ist Ergebnis sowohl der Zusammensetzung der Partei, als auch des innerparteilichen Kampfs, der Schwäche ihrer Führungskader und auch unseres Verhaltens zu dieser Partei. Es ist an der Zeit, dass wir alle verstehen, dass die Demokratisierung Deutschlands und die Ausrottung des Nazismus nicht allein von den Kommandanten und der Militärverwaltung bewältigt werden können.

Wir haben politische Parteien ins Leben gerufen, die in dieser oder jener Form die demokratischen Schichten der deutschen Bevölkerung repräsentieren. Wir meinen, dass die SED als einzige Partei fähig ist, die Aufgabe der Demokratisierung und Denazifizierung konsequent zu verwirklichen. Sie muss hierbei auch die beiden bürgerlichen Parteien, die LDP und die CDU, mit sich ziehen. Außerdem hat die SED bei allen Wahlen die Mehrheit der Stimmen erhalten und gilt zu Recht als Regierungspartei. Man muss das alles berücksichtigen, um zu begreifen, wie wichtig es jetzt ist, besonders wichtig für die Zukunft Deutschlands, dass wir unser Verhältnis zu dieser Partei verändern und ihr breite Möglichkeiten für die Gestaltung ihrer Politik geben. Das ist auch deshalb wichtig, weil sie immer mehr das Vertrauen der Massen für sich gewinnen muss. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die Deutschen die Partei der SED als eine nationale deutsche Partei, als eine Partei der deutschen Werktätigen sehen und nicht als eine „von Moskau und den Kommandanturen gelenkte russische Partei“.

Seitens der Kommandanten, der Mitarbeiter der Kommandanturen und der Militärverwaltung ist die Haltung gegenüber der SED unverzüglich zu ändern. Viele unserer Mitarbeiter, die die bestehende Lage in Deutschland nicht verstehen, fahren leider damit fort, die Parteien und den deutschen Verwaltungsapparat wie ihre Abteilungen oder Referenten zu befehligen.⁷⁰ Sie müssen endlich verstehen, dass sich die Sache so verhält: Entweder wir setzen die inneren demokratischen Kräfte Deutschlands frei und helfen ihnen, sich zu entfalten, sich zu festigen und den komplizierten Prozess der Demokratisierung und der Ausrottung der Überbleibsel des Faschismus in der Wirtschaft, im öffentlichen Leben

⁷⁰ Unterstrichen im Original.

und im Bewusstsein der Menschen zu leiten und damit die Schaffung eines wirklich demokratischen, eines wirklich friedliebenden deutschen Staats zu gewährleisten, oder die inneren Kräfte der Demokratie werden gebremst, die demokratischen Organisationen verändern sich, in erster Linie die SED, und wir stützen die Demokratie bis zum letzten Tag der Besatzung mit den Bajonetten – allerdings mit dem großen Risiko, dass die Reaktion der antidemokratischen Kräfte sofort am Tag nach Beendigung der Besatzung zu neuem Leben erwachen und es den reaktionären Kräften möglich wird, die noch nicht gefestigte und unserer Unterstützung beraubte Demokratie zu überwältigen. Im Zusammenhang damit müssen wir uns alle darüber klar werden, welche Aufgaben vor der [Militär-]Administration und den Kommandanturen bei der Festigung der Demokratie und in erster Linie bei der Festigung der SED stehen und wie das Verhältnis zu dieser Partei sein muss.

Im Dezember des vergangenen Jahres [1946] erhielten alle Kommandanten folgende Weisungen:⁷¹

1. Der Personenkreis, der mit Leitern von SED-Organisationen in Berührung kommt, ist streng zu begrenzen und maximal einzuengen, um unnötiger Einmischung in die Angelegenheiten der Partei ein Ende zu bereiten; die Praxis der kleinlichen Bevormundung der Leiter der SED-Organisationen ist zu beenden. Es ist ein Übergang zu allgemeiner Kontrolle und Beobachtung zu gewährleisten, ohne dabei die Verantwortung für die politische Tätigkeit aller Parteien und Parteiorganisationen aus den Händen zu geben. Den Einrichtungen der SED ist mit der Vermittlung der großen, von der VKP(B)⁷² gesammelten Erfahrung im politischen Kampf zu helfen, mit Ratschlägen bei der Ausarbeitung und Gewährleistung der richtigen politischen Linie, der Strategie und Taktik. Aber das müssen speziell dafür bevollmächtigte Personen machen.
2. Der Chef der SMA [der Länder und Provinzen] muss eine exakte Nomenklatur der SMA-Mitarbeiter sowie der Mitarbeiter der Kommandanturen erstellen, denen aufgrund ihrer Tätigkeit der Kontakt zu den Parteiorganisationen der SED erlaubt wird.
3. Für diese Personen ist ein Verhaltensreglement festzulegen: Wer darf die jeweiligen Weisungen übermitteln, wer darf nur bei Informationen der Leiter anwesend sein und so weiter. Der Kontakt ist streng zu kontrollieren.
4. Gegenüber den Leitern der anderen Parteien ist geschickt die Linie umzusetzen, wonach jeder Anlass zu vermeiden ist, die Sowjetische Militäradministration der Reglementierung und des groben Administrierens zu beschuldigen.

Und trotz dieser Weisungen mischen sich viele Kommandanten nach wie vor in die Angelegenheiten der SED ein und kommandieren die Partei so, wie sie ihre

⁷¹ Vermutlich von der SMAD im zonalen Maßstab. Ein Quellennachweis gelang noch nicht.

⁷² VKP(B) – Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bolševiki). Im zeitgenössischen und historiografischen deutschen Sprachgebrauch: Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – KPdSU(B).

Abteilungen befehligen, ganz ohne die Schädlichkeit und Gefährlichkeit solchen Verhaltens gegenüber der Partei zu begreifen. Ich erlaube mir, hier ein Schreiben der Vorsitzenden der SED Thüringens EGGERATH⁷³ und HOFFMANN⁷⁴ zur Frage unseres Verhältnisses zur SED anzuführen.

Sie schreiben:⁷⁵

Sehr geehrter Herr Garde-Generalmajor!⁷⁶

Wohl überall in der Welt wird es so sein, daß die guten Menschen ein neues Jahr mit guten Vorsätzen beginnen. So schreiten die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei auch mit dem guten Vorsatz in das Jahr 1947 hinein, in guter Zusammenarbeit⁷⁷ mit den Mannschaften, Unteroffizieren, Offizieren und Generalen der Roten Armee die in Angriff genommene Entmilitarisierung und Demokratisierung⁷⁸ Deutschlands mit Energie fortzusetzen, zu verbreitern und zu vertiefen

⁷³ Werner Eggerath (1900–1977), KPD/SED, war vom 13.10.1945 bis 6.4.1946 politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Thüringen, vom 7.4.1946 bis Mai 1947 gleichberechtigter Landesvorsitzender der SED, vom 24.6. bis 25.9.1946 Mitglied der Beratenden Landesversammlung Thüringens, von 1946 bis 1950 Mitglied des Thüringer Landtags, 1946/47 3. Vizepräsident des Landtags, vom 27.3. bis 14.5.1947 gesetzlicher Stellvertreter des Ministerpräsidenten (amtierender Ministerpräsident) von Thüringen, vom 29.5. bis 8.10.1947 Innenminister von Thüringen und vom 8.10.1947 bis 25.7.1952 Ministerpräsident von Thüringen.

⁷⁴ Heinrich Hoffmann (1899–1979), SPD/SED, war vom 8.6. bis 18.7.1945 Mitglied des Thüringen-Ausschusses, vom 1.6.1945 bis Mai 1946 Regierungsrat in der Präsidialkanzlei/Landesamt des Innern (für Kommunalwesen), von 1946 bis 1950 Mitglied des Thüringer Landtags, vom 8.7. bis Dezember 1945 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD (anfangs Bund demokratischer Sozialisten), von Januar bis 6.4.1946 kommissarischer SPD-Landesvorsitzender, vom 7.4.1946 bis Dezember 1949 gleichberechtigter SED-Landesvorsitzender, dann im Dezember 1949 von seinen SED-Funktionen entbunden, anschließend kurzzeitig Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern, wurde 1950 aus der Partei ausgeschlossen und 1955 in die SED wiederaufgenommen.

⁷⁵ Es folgt der Text des Briefs vom 6.1.1947 an Kolesničenko; hier in der Fassung wiedergegeben, die unter diesem Datum als Anlage zum Schreiben Heinrich Hoffmanns an die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 20.5.1947, im Grotewohl-Nachlass des BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 58r-62v, überliefert ist. Vgl. das Dokument auch bei Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen, S. 468–472, mit einigen – hier korrigierten – Ungenauigkeiten. Der Vergleich mit der von Kolesničenko vorgetragene russischen Übersetzung zeigt, dass der Brief ursprünglich zumindest einen Absatz mehr enthielt. Darauf sowie auf einige Nuancen der Übersetzung, die von einer raschen Übertragung zeugen, wird nachfolgend in Fußnoten hingewiesen. In dem von Kolesničenko verlesenen Schreiben ist die damals übliche Umschreibung der Namen entsprechend der hier verwendeten deutschen Vorlage beibehalten worden. Es wird im Folgenden die alte Rechtschreibung verwendet.

⁷⁶ Weggelassen sind die Anschrift „An den Chef der zivilen Verwaltung der SMA Thüringen, Herrn Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, Weimar“, das Datum 6.1.1947 und der Betreff „Förderung der Demokratisierung Deutschlands“. Das Schreiben vom 6.1.1947 wurde von Hoffmann am 13.1.1947 im SED-Landessekretariat verlesen; LATH-HSA Weimar, BPA, IV/L/2/3–031, Bl. 5r u. Bl. 6r.

⁷⁷ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in enger Zusammenarbeit“.

⁷⁸ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „und Demokratisierung“.

und diesen Entwicklungsprozess der Befriedung Mitteleuropas beschleunigt⁷⁹ seinem Ende zuzuführen und für die Dauer zu sichern.

Uns ist bekannt, und es erfüllt uns mit Freude, Hoffnung und Zuversicht, daß bei der SMA Thüringen und deren Leitung der beste Wille vorhanden ist, uns und allen aktiven⁸⁰ progressiven Kräften in unserem Lande bei der Durchsetzung ihrer oben angegebenen Ziele zu helfen. Das ist seit der Besetzung unseres Landes durch die siegreichen Truppen der UdSSR bereits in sehr starkem Maße geschehen – und dafür wird die Mehrheit unseres Volkes der Roten Armee immer zu sehr großem Dank verpflichtet sein, und das wird auch, dessen sind wir gewiss, weiterhin geschehen.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß im Laufe der letzten Monate in dem Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung und der Besatzungsmacht eine deutlich fühlbare Abkühlung eingetreten ist, die zu einer Gefahr für die weitere antifaschistisch-demokratische Entwicklung Deutschlands werden kann, wenn nicht durch entsprechende Gegenmaßnahmen eine grundlegende Wandlung in diesem Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke erreicht wird.

In dem Bestreben, die Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und unserem Volke möglichst eng und gut zu gestalten, glauben wir, uns die Freiheit erlauben zu dürfen, vollkommen freimütig und offen darzulegen, welche Gründe nach unserer Meinung dafür vorliegen, die zu der vermerkten Abkühlung in dem Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung geführt haben. Von den mannigfachen⁸¹ Gründen heben wir die nach unserer Meinung hauptsächlichsten nachstehend hervor.

1. Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee,
2. Übereifrige⁸² Bevormundung unserer Partei-Funktionäre,
3. Zu scharfe Ausübung der Befehlsgewalt⁸³ der Offiziere gegenüber der zivilen Verwaltung⁸⁴ des Landes, der Kreise und Gemeinden,
4. Eingriffe und sich widersprechende oder überschneidende Anordnungen von Offizieren in die Wirtschaft,
5. Zunehmende Not in der Bevölkerung; wachsender Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhwerk, Feuerung bzw. Heizmaterial, Wohnraum und Verkehrsmitteln.

Zu diesen einzeln angeführten Punkten sind die zuständigen Abteilungsleiter unseres Sekretariats sowie die Landesleitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,⁸⁵ der Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe, des Verbandes Thüringer Konsumgenossenschaften, die Volkssolidarität und insbesondere unsere

⁷⁹ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „beschleunigt“.

⁸⁰ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung fehlt: „aktiven“.

⁸¹ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „zahlreichen“.

⁸² In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „übermäßige“.

⁸³ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der Macht“.

⁸⁴ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Selbstverwaltung“.

⁸⁵ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „die Thüringer Leitung der Gewerkschaften“.

leitenden Genossen in der Landesverwaltung, in den Kreisen, Städten und Gemeinden in der Lage, umfangreiches Beweismaterial vorzulegen. Für heute beschränken wir uns darauf, Ihnen, Herr Garde-Generalmajor, zu diesen Punkten nur einige wenige, besonders markante Fälle anzugeben und Ihnen in der Anlage⁸⁶ beizufügen.

Zu 1.) Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee, verweisen wir auf die Anlage Nr. 1,⁸⁷ die ein typisches Beispiel für die uns fast täglich zugehenden Berichte unserer Kreis- und Ortsgruppenvorstände ist. Die politischen Bildungsabende und sonstigen Veranstaltungen der Partei können wegen der zunehmenden Unsicherheit kaum noch durchgeführt werden. In Jena, Weimar und Erfurt schließen die wenigen Besucher unserer Parteiveranstaltungen sich aus Gründen der persönlichen Sicherheit zu regelrechten Geleitzügen⁸⁸ zusammen, um dadurch einen psychologischen Rückhalt zu haben. Zur Revolutionsfeier in Weimar⁸⁹ waren 2.300 Eintrittskarten verkauft, aber nur 600 Besucher anwesend, weil in der Bevölkerung das Wort kursierte: Am Revolutionsfeiertag sind die Russen unberechenbar.⁹⁰

Zu 2.) Übereifrige Bevormundung unserer Parteifunktionäre, führen wir folgende Beispiele an:

Kreisvorstand Weißensee: Kapitän Friedland⁹¹ verlangte von dem Organisationssekretär, Gen. Dünnebeil, daß er in wenigen Stunden einen Bericht über die Anzahl der Betriebe, ihre Produktion, Belegschaftsstärke usw. liefern solle.⁹² Als er hierzu in so kurzer Frist nicht in der Lage war, wurde ihm eine Strafe von RM 50.- auferlegt, die an eine besondere Kasse der Kommandantur in Erfurt eingezahlt werden musste. Kapitän Friedland, der sicher die besten Absichten hat, unsere Parteiarbeit im Kreise Weißensee zu verbessern, schießt bei seiner gutgemeinten Aktivität übers Ziel hinaus, wenn er vom Landesvorsitzenden verlangt, daß der Org.-Sekretär und andere Mitglieder des Kreissekretariats abgesetzt werden müßten.⁹³

⁸⁶ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in entsprechenden Anlagen“. Die Anlagen sind weder in der Akte noch in einem anderen SED-Bestand überliefert und fanden sich bislang auch noch nicht unter den zugänglichen SMAD-Dokumenten.

⁸⁷ Nicht überliefert.

⁸⁸ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Prozessionen“.

⁸⁹ Gemeint ist die Feier zum Jahrestag der russischen Revolution am 7. 11. 1946.

⁹⁰ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Von den Russen sind am Revolutionsfeiertag alle möglichen Überraschungen zu erwarten.“

⁹¹ Richtig: Hauptmann Fridland.

⁹² In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung wurde der Satzanfang gekürzt, sinngemäß: „Org.-sekretär Dünnebeil sollte innerhalb weniger Stunden ...“.

⁹³ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung erscheint an dieser Stelle ein Beispiel aus Mühlhausen, das im Schreiben vom 6. 1. 1947 fehlt. In der Rückübersetzung aus dem Russischen lautet es: „Kreisverband Mühlhausen: In der Hochzeit der Wahlkämpfe in den Gemeinden forderte der Politoffizier die Erneuerung des gesamten [SED]-Kreissekretariats, weil er die Mitglieder für zu alt und zu wenig flexibel hielt“.

Kreisverband Meiningen: Die Kommandantur ließ sich durch einseitige Berichte einzelner Funktionäre der Partei zu irrigen Schlussfolgerungen gegenüber Spitzenfunktionären der Partei verleiten. Oberleutnant Hasanow verlangte und bewirkte den Ausschluß von mehreren⁹⁴ Mitgliedern der Partei entgegen unseren klaren Satzungsbestimmungen. So wurde der seit 54 Jahren in der Arbeiterbewegung stehende Heinrich Eckardt, Salzungen, ebenfalls satzungswidrig aus der Partei ausgeschlossen.

Kreisverband Rudolstadt: Durch die Kommandantur wurden Sitzungen des Kreisvorstands einberufen und in der Angelegenheit des Landrates Roth⁹⁵ Abstimmungen vorgenommen, die den Eindruck erweckten, daß von der Kommandantur eine Beeinflussung der Mitglieder des Kreisvorstands erzielt werden sollte.

Kreisverbände Sondershausen und Nordhausen: Bei der Erfassung des Abgabesolls zogen die verantwortlichen Offiziere die Funktionäre der SED bei der Durchführung der Kontroll- und Zwangsmaßnahmen mit heran, so daß die Bauern den Eindruck empfangen mußten, daß die SED der Eintreiber der Besatzungsmacht ist. Dadurch hat das Ansehen unserer Partei in diesen Kreisen stark gelitten.

Zu 3.) Zu scharfe Ausübung der Befehlsgewalt der Offiziere gegenüber der zivilen Verwaltung des Landes, der Kreise und Gemeinden.

Ganz allgemein⁹⁶ klagen unsere Bürgermeister und Landräte darüber, daß sie in ihrer Tätigkeit sehr oft durch rasch aufeinander folgende und

⁹⁴ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „von vielen“.

⁹⁵ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung irrtümlich: „des Landrats von Gotha“ und ohne Namen. Paul Roth (KPD/SED) war vom 21. 12. 1945 bis 29. 1. 1947 Landrat in Rudolstadt. Am 16. 5. 1946 war er von der deutschen Polizei wegen Wirtschaftsvergehen verhaftet und am 12. 6. 1946 rückwirkend aus dem Dienst entlassen, auf Befehl Kolesničenkos vom 20. 8. 1946 aber wieder in sein Amt eingesetzt worden, weil die Untersuchungen des Militärstaatsanwalts die Vorwürfe als unberechtigt herausgestellt hätten; LATH-HStA Weimar, Personalakten der Landräte, Nr. 122, Bl. 42r. Sie seien nur Ausdruck der Verleumdung durch feindliche und reaktionäre Elemente. Am 17. 8. 1946 forderte Kolesničenko das SED-Zentralsekretariat auf, von dem erwogenen Parteiausschluss Roths Abstand zu nehmen und die örtlichen Parteiorgane entsprechend zu informieren; GARE, 7184/1/15a, Bl. 69r-72r. Der Leiter der SMATH-Abteilung Inneres Jakov J. Ivanov griff den Fall am 28. 5. 1946 im Gespräch mit dem Leiter des Präsidialamts Hans Staas als Beispiel unberechtigter und unabgestimmter Verhaftungen auf; LATH-HStA Weimar, LATH-MdI, Nr. 204, Bl. 42r-44r. Im Wahlkampf für die Landtags- und Kreistagswahlen versuchte der wieder eingesetzte Roth in massiver Weise, die LDP- und CDU-Kandidaten zu behindern; LATH-HStA Weimar, LATH-MdI, Nr. 2671, Bl. 2r-100v. Vgl. auch Karl-Heinz Hajna, Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 161 f. Das SED-Landessekretariat sah Roth im Januar 1947 für den Landrats-Posten in Sondershausen vor, ließ diese Absicht aber wegen Roths dortigem Auftreten wieder fallen; Roth floh im September 1947 aus der SBZ und wurde im Mai 1948 in Abwesenheit vom Landgericht Rudolstadt wegen Wirtschaftsvergehen zu 2,5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Publizist Fritz Löwenthal, Der neue Geist von Potsdam, Hamburg 1948, hier S. 39–41, griff den „Fall Roth“ polemisch auf.

⁹⁶ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „täglich“.

sich häufig auch widersprechende Befehle, die unter Strafandrohung kurzfristig durchgeführt werden müssen, in ihrer Arbeit gehemmt würden. Sie würden es begrüßen, wenn alle Anordnungen und Befehle nur von einer Stelle erteilt würden, die die einzelnen Anforderungen der Spezialoffiziere⁹⁷ aufeinander abstimmen und koordinieren würde. Das würde die Arbeit planvoller und weniger zeitraubend gestalten. Als Beispiel dafür, in welcher Weise unseren Landräten manchmal unnötigerweise Schwierigkeiten bereitet werden, fügen wir in der Anlage Nr. 2⁹⁸ einen Auszug aus dem Protokoll des Landesamtes für Handel und Versorgung⁹⁹ vom 23. November 1946, betreffend den Landrat Sonntag in Weibensee, an.

Zu 4.) Eingriffe und sich widersprechende oder überschneidende Anordnungen in die Wirtschaft.¹⁰⁰

Hierzu verweisen wir auf das in den Anlagen Nr. 3 bis 5¹⁰¹ dargestellte Material und die darin enthaltenen Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsmacht und der Wirtschaft¹⁰² bzw. der Verwaltung unseres Landes.

Zu 5.) Zunehmende Not in der Bevölkerung.

Da die deutsche Bevölkerung schon während des Nazi-Regimes ihren Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhwerk und Wohnraum zum Vorteil der Hitleristischen Kriegsmaschinerie aufs äußerste einschränken musste, rückt der Zeitpunkt immer näher, an dem auch der letzte Rest der noch vorhandenen Substanz verbraucht sein wird. Da außerdem die Millionenzahl der Neubürger und der Heimkehrer¹⁰³ aus dem Altmaterial versorgt werden muss, herrscht in allen Teilen der Bevölkerung größter Mangel an dringendsten Gegenständen des täglichen Lebens. „Vor leeren Krippen beißen sich die Pferde“ sagt ein deutsches Sprichwort. Auch die Menschen, die Mangel am Nötigsten leiden, befinden sich in einer nervös-gereizten Stimmung. Sie sind empfänglicher¹⁰⁴ als andere für gehässige Parolen,¹⁰⁵ die sich gegen die Besatzungsmacht und gegen die aufbauwilligen Kräfte der neuen Demokratie richten. Es würde deshalb dem Ansehen der Besatzungsmacht förderlich und der Ent-

⁹⁷ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der bevollmächtigten Offiziere“.

⁹⁸ Nicht überliefert.

⁹⁹ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „der Abteilung Handel und Versorgung“.

¹⁰⁰ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in wirtschaftliche Angelegenheiten“.

¹⁰¹ Nicht überliefert. In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Anlagen Nr. 3 und 5“.

¹⁰² In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „wirtschaftlichen Organen“.

¹⁰³ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Umsiedler“; „und der Heimkehrer“ fehlt.

¹⁰⁴ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „sensibler“.

¹⁰⁵ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „gegenüber feindlichen Lösungen“.

wicklung der progressiven Kräfte des Volkes dienlich sein, wenn es gelingen würde, im Laufe dieses Jahres eine Verbesserung der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und Schuhwerk und Wohnraum zu erreichen.¹⁰⁶

Zusammenfassend:

Als Ergebnis der oben angeführten Darlegungen erlauben wir uns, Ihnen, sehr verehrter Herr Garde-Generalmajor, nachstehend einige Vorschläge zu unterbreiten, die nach unserem Dafürhalten eine Verbesserung in dem Verhältnis zwischen der Besatzungsarmee, unserer Partei und der deutschen Bevölkerung herbeiführen könnten:

1. Eindämmung der Übergriffe und Überfälle.
2. Beseitigung der Bevormundung der unteren Gliederungen (Kreis- und Ortsgruppenvorstände) unserer Partei. Alle Angelegenheiten, die den Kreiskommandanten¹⁰⁷ und politischen Offizieren Anlass zu Beschwerden geben, mögen diese der SMA mitteilen, die mit dem Sekretariat des Landesvorstands¹⁰⁸ gemeinsam dafür sorgen wird, dass beiden Teilen (Kreiskommandantur¹⁰⁹ und Kreisvorständen) zu ihrem Recht verholfen wird.¹¹⁰
3. Ausübung der Befehlsgewalt gegenüber den Bürgermeistern und Landräten nur von einem bestimmten Offizier der jeweiligen Kommandantur,¹¹¹ an den sich alle anderen Offiziere zu wenden haben, wenn sie gleichfalls Anforderungen an die Bürgermeister und Landräte zu richten haben.
4. Einheitliche Planung und Lenkung der Produktion und Verteilung durch gegenseitige Abstimmung der Anforderungen der SMA und dem Ministerium für Wirtschaft bzw. Ministerium für Versorgung. Verbot an alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Roten Armee, Eingriffe in die Wirtschaft und Entnahmen aus der Produktion, die nicht durch Anordnungen der SMA gedeckt sind, vorzunehmen.
Pünktliche Auszahlung der Arbeitslöhne.
Anerkennung der gewerkschaftlichen Lohntarife und der deutschen Sozialgesetze.
Menschenwürdige Behandlung der deutschen Arbeiter und Anerkennung der deutschen Sozialgesetze in den SAG-Betrieben.
Aufhebung der höheren Einstufung in die Lebensmittelgruppen¹¹² bei ehemaligen Angehörigen der NSDAP.
Entlassung von ehemaligen Angehörigen der NSDAP oder deren Frauen

¹⁰⁶ Bis hier reicht die in Anm. 54 erwähnte handschriftliche Streichung im Text.

¹⁰⁷ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandanten“.

¹⁰⁸ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Sekretariat der Einheitspartei“.

¹⁰⁹ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandantur“.

¹¹⁰ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „mit der Lösung zufrieden sind“.

¹¹¹ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „in jeder Kommandantur“.

¹¹² In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „für Lebensmittelkarten“.

aus Betrieben der SAG und aus den Hauswirtschaften der Offiziere der Roten Armee.

5. Milderung der wirtschaftlichen Not der deutschen Bevölkerung durch Bewilligung der von der SED in der Wahlbewegung aufgestellten Forderungen, insbesondere der Aufhebung der Lebensmittelkartengruppe 6 und Zuweisung des dritten Zentners Kartoffeln.

Gewährung eines höheren Anteils aus der Gesamtproduktion für den zivilen Sektor.

Förderung der Konsumgenossenschaften durch Zuweisung weiterer Transportmittel und höherer Anteile von Nahrungsmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsgütern zur Verteilung an die arbeitende Bevölkerung.

Wir danken Ihnen von Herzen, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, unsere Sorgen und Wünsche offenherzig darzulegen und wir bitten sehr darum, unsere Vorschläge zu prüfen und zu erwägen, wie, in welchem Umfange und welchem Tempo sie verwirklicht werden können. Überzeugt davon, daß Sie, verehrter Herr Garde-Generalmajor, und alle Offiziere der SMA und der Kreiskommandanturen,¹¹³ wie seither so auch weiterhin bemüht sein werden, unserer Partei und unserem Volke zu helfen, damit die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands weitere und schnelle Fortschritte macht, verbleiben wir

mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung
(Eggerath) (Hoffmann)¹¹⁴

Genossen, denken Sie über alle diese von den Vorsitzenden der SED Thüringens aufgeworfenen Fragen nach, werten Sie sie politisch unter dem Aspekt der Interessen unseres Sowjetstaats, und Sie werden sehen, dass wir in unserem Verhältnis zur SED eine Reihe von Fehlern zulassen, die man unverzüglich abstellen muss. Mag in den vorliegenden Dokumenten auch nicht alles stimmen und vieles erfunden sein, so muss man es doch berücksichtigen, weil in allem dennoch leider sehr viel Wahrheit steckt.¹¹⁵

¹¹³ In der von Kolesničenko verlesenen russischen Übersetzung: „Kommandanturen“.

¹¹⁴ Im Brief folgt der im Vortrag weggelassene Zusatz „Landesvorsitzende der SED Thüringen“.

¹¹⁵ Kolesničenko beließ es nicht beim Verlesen des Schreibens vom 6. 1. 1947. Er forderte auch den Bericht „Schwierigkeiten auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in der Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Dienststellen im Lande Thüringen“ des Abteilungsleiters für Arbeit und Sozialpolitik beim SED-Landesvorstand, Karl Eckstein, vom 5. 1. 1947 an. Dieser Bericht beschrieb 1,3 Millionen Reichsmark rückständiger Lohnzahlungen von sowjetischen Auftraggebern sowie die Nichtzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, katastrophale Arbeitsbedingungen in den sowjetischen Betrieben und Einrichtungen, die Missachtung von Tarifen und Betriebsräten, die entwürdigende Behandlung deutscher Arbeiter in den SAG-Betrieben und auf Demontage-Baustellen. Eckstein schickte ihn am 15. 1. 1947 zudem an das SED-Zentralsekretariat; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 38r-43r. Der ehemalige Sozialdemokrat Eckstein wurde im September 1947 Mitglied im SED-Landessekretariat, aber im Zuge der innerparteilichen „Säuberungen“ im Dezember 1949 aus seinen Leitungsfunktionen entfernt. Am 20. 5. 1947 schickte Hoffmann das Schreiben vom 6. 1. 1947 an die SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl mit der Bemerkung, seit

In dieser Frage die jetzige Situation beizubehalten, ist einfach inakzeptabel, und ich bin gezwungen, jedem Kommandanten, jedem Mitarbeiter der Kommandanturen und der SMA-Verwaltung eine Frist von einem Monat zu geben, damit er seine Haltung gegenüber den Parteien und den deutschen Machtorganen prüfen kann und damit jeder für sich mit der Gewohnheit bricht, diese Organe herumzukommandieren. Jedem muss die grundsätzliche Notwendigkeit für diesen Umbruch im Umgang mit den deutschen Organen richtig bewusst werden, und jeder muss seinen Arbeitsstil verändern.

Wenn – nach all diesen Erläuterungen und Ermahnungen – jemand in gewohnter Weise weitermacht und uns daran hindert, unsere Politik in Deutschland umzusetzen, so wird er uns verlassen müssen, denn er stört bei der Erfüllung unserer Aufgaben, fügt sich nicht den Ermahnungen und Erläuterungen oder ist nicht in der Lage oder nicht gewillt, unsere Direktiven zu befolgen.

2. DIE AUFGABEN DER KOMMANDANTUREN UND DER SMA VERWALTUNG [THÜRINGEN] BEZÜGLICH DER PARTEIEN

Wenn wir uns Klarheit darüber verschaffen, welche Rolle die SED bei der Demokratisierung Deutschlands und bei der Beseitigung der Überbleibsel des Nazismus spielen muss, so müssen wir daraus einige praktische Schlussfolgerungen ziehen.

1. Der SED ist in ihrer Tätigkeit eine große Initiative einzuräumen, wir behalten uns nur die Kontrolle und Beobachtung ihrer Arbeit vor.
2. Der SED ist eine allseitige Unterstützung zu gewähren, falls sie diese anfordert, aber kategorisch ist der Gedanke aufzugeben, dass der Kommandant ein Direktivorgan für die SED ist und ihr jegliche Weisungen erteilen kann.
3. Kontakt zur SED-Führung dürfen nur die Leiter der Propagandaabteilungen in den Kreisen und der Chef der Abteilung für Propaganda der SMA haben. Niemand sonst darf die führenden Funktionäre der SED zu sich rufen oder ihnen gar Weisungen erteilen.

Die Leiter der Abteilungen für Propaganda können führende Funktionäre der SED nur in dem Fall zu sich rufen, wenn es darum geht, Weisungen der SMA-Verwaltung [Thüringen] zu übermitteln, nicht aber wegen kleinlicher Gespräche oder wegen ausgedachter Weisungen. Es sei daran erinnert, dass die SED eine zentralisierte Partei ist, die von unten nach oben Leitungsorgane besitzt und Direktiven von ihren [jeweils] übergeordneten Organen erhält.

der SMATH-Tagung vom 10.1.1947 habe sich Vieles zum Positiven gewendet. Das Wirken der Besatzungsmacht und ihrer Organe sei „immer zurückhaltender geworden und kaum noch spürbar“. Andererseits gebe es neue Probleme und Vorfälle, die das Ansehen der Besatzungsmacht schädigten und die Bevölkerung beunruhigten. Hoffmann nannte vor allem die „aus Sicherheitsgründen“ verhafteten Jugendlichen und die Demolierung der von sowjetischen Armeeingehörigen verlassenen Wohnungen. Er bat die SED-Vorsitzenden, bei der SMAD vorstellig zu werden, damit diese den im Brief formulierten Vorschlägen zustimme; BArch, SAPMO, NY 4090/314, Bl. 54r-57r.

4. Völlig einzustellen ist das Kommandieren der Partei und die Einmischung in ihre Arbeit. Auf kleinliche Bevormundung der Partei und ihrer Leiter ist zu verzichten. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, selbständig zu arbeiten und Fragen zu entscheiden.
5. Kumpelhaftige Beziehungen zwischen Mitarbeitern der Kommandanturen und Funktionären der SED-Parteiorganisationen sind einzustellen. Solche Kameraderie liefert nur den Vorwand, um die SED zu bezichtigen, dass sie keine nationale deutsche Partei, sondern eine von den Kommandanten geführte russische Partei sei.
6. Kategorisch ist darauf zu verzichten, die Führer der SED-Parteiorganisationen für Erfassungsaktionen und andere repressive Verwaltungseinsätze zu verwenden, weil die der SED feindlichen Kräfte solch eine Tätigkeit der SED dazu nutzen werden, um bei den Massen feindliche Gefühle gegenüber der SED zu wecken. Sie werden sie nutzen, den Massen zu zeigen, dass die SED keine deutsche Partei ist, die die Interessen ihres Volks verteidigt, sondern ein aktiver Erfüllungsgehilfe und Handlanger der russischen Militärbehörden ist, welche die Deutschen „unterdrücken“.
7. Die Chefs der Abteilungen für Propaganda in den Kreisen und in den Provinzen¹¹⁶ müssen alle Fragen der Aktivierung der politischen Tätigkeit der SED überdenken, um die Verantwortlichkeit der Mitglieder der SED sowohl auf staatlichen und wirtschaftsleitenden Posten als auch bei der innerparteilichen Arbeit und insbesondere in der politischen Bildung zu erhöhen. Die SED muss ihre Kader heranziehen, sie ideologisch stählen, sie zur Parteilichkeit erziehen – wer, wenn nicht wir, kann ihr bei dieser großen und wichtigen Arbeit helfen?
Wir verfügen über große Erfahrungen aus der Geschichte unserer bolschewistischen Partei, der VKP(B). Wenn man diese Erfahrungen der SED geschickt vermittelt und erreicht, dass die Mitglieder der SED sie sich zueigen machen, so wäre das ein großer Schritt vorwärts. Die SED würde sich umwandeln, sich vor unseren Augen entwickeln und tatsächlich eine wahrhaft demokratische marxistische Arbeiterpartei werden, die es versteht, ihre Ziele unter den komplizierten Bedingungen in Deutschland durchzusetzen. Aber in dieser wichtigen Frage ist Eigenmächtigkeit unter den Chefs der Propagandaabteilung unzulässig. Deshalb muss man zwar alle Fragen durchdenken, aber sie in Form von Aufgaben, Ratschlägen und so weiter umsetzen, und zwar nach Konsultation in der Abteilung für Propaganda der SMA. Der Entwicklung und Festigung der SED müssen wir außerordentliche Aufmerksamkeit schenken, nur mit ihrer Hilfe können wir die demokratische Umgestaltung Deutschlands bewältigen.
8. Im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien muss man ebenfalls auf das Administrieren verzichten und eine Annäherung anstreben, damit sie keinen Grund haben, die Kommandanturen der übermäßigen Sympathie für die SED und der Antipathie für die LDP und CDU zu bezichtigen.

¹¹⁶ So im Original, vermutlich SBZ-weit gedacht.

Für die Arbeit der Mitglieder dieser Parteien im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat trägt die [jeweilige] Partei die Verantwortung. Und wenn ein Mitglied der LDP oder der CDU schlecht arbeitet, muss die Frage nach seiner Ersetzung gestellt oder es muss von der Partei zur Verantwortung gezogen werden. Aber solche Dinge sollten sachlich erörtert werden, ohne mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, wie das bisweilen einige Kommandanten zulassen.

Überhaupt muss man sich folgende Grundposition zueigen machen: die Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen sind nicht zu kommandieren. Lassen Sie ihnen Zeit, sich zu entwickeln und Kräfte zu sammeln, damit sie bei der Leitung des Staats ohne unsere Unterstützung auskommen können und in der Lage sind, im Kampf um die Festigung ihrer Macht selbst mit der Reaktion fertig zu werden.

[3.]¹¹⁷ DIE BEZIEHUNGEN DER KOMMANDANTUREN UND DER SMA-VERWALTUNG ZUM DEUTSCHEN VERWALTUNGSAPPARAT

In den Beziehungen der Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen gibt es ein noch größeres Wirrwarr und mehr Unklarheiten als in der Frage der Beziehungen zu den Parteien, insbesondere und namentlich zur SED.

In den Beziehungen zu den deutschen Machtorganen ist davon auszugehen, dass diese Organe jetzt keine ernannten mehr sind, sondern auf demokratischem Wege gewählt sind und dass sie das Vertrauen der Wähler, die für diese Machtorgane gestimmt haben,¹¹⁸ rechtfertigen müssen. Bei den Wahlen ist durch uns sichergestellt worden, dass keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP gewählt wurden. Somit sind die gewählten Machtorgane automatisch entnazifiziert worden, der technische Apparat dieser Organe ist aber noch von Nazis durchsetzt, und je schneller er von ihnen gesäubert wird, desto besser.

Die deutschen Machtorgane bestehen aus Vertretern der demokratischen Parteien, die vor der Wahl ihr Einverständnis zur Kandidatur abgeben mussten. Folglich übernahmen sie vor dem Volk freiwillig die Verantwortung für die Leitung ihrer Gemeinden, der Kreistage und der Provinz.¹¹⁹

Deshalb muss man ihnen die Möglichkeit geben, das Vertrauen der Wähler zu rechtfertigen, und muss ihnen folglich auch die Initiative einräumen und sie nicht durch eine kleinliche Bevormundung oder, noch schlimmer, durch ein reines Administrieren einengen. Ihnen ist ihre Arbeit nicht abzunehmen, nicht statt ihrer ist zu arbeiten, sondern es muss ihnen geholfen werden, festen Fuß zu fassen und selbständig das Wirtschaftsleben und den Dienst der unterstellten Einrichtungen zu leiten. Wobei auch in diesem Fall nicht zu vergessen ist, dass wir den Einfluss und die Stellung der SED im Verwaltungsapparat festigen müssen. Das ist deshalb notwendig, weil wir an einer echten Demokratisierung Deutschlands interessiert sind, und sie kann nur diese SED verwirklichen, wenn wir ihr

¹¹⁷ „3.“ eingefügt. Im nicht ganz schlüssigen Textaufbau ist die Hauptuntergliederung hier nicht nummeriert. Es folgen keine weiteren gleichwertigen Gliederungspunkte.

¹¹⁸ So in der Vorlage.

¹¹⁹ So in der Vorlage.

dabei wirklich helfen. Die SED muss im Staatsapparat die führende Rolle einnehmen und allmählich den Apparat in ihre Hände nehmen. Wenn dies erreicht sein wird und wenn die SED selbst eine wirkliche marxistische Partei im wahrsten Sinne des Wortes wird und es lernt, den Staat zu lenken, selbstständig die Entwicklung der deutschen Gesellschaft in die von uns gewünschte Richtung leitet und alles Erdenkliche für die Verwirklichung ihres Programm-Maximums, den Aufbau des Sozialismus in Deutschland, unternimmt, dann können wir die große Gewissheit haben, dass der Frieden in Europa nicht nur für eine kurze Zeit gewährleistet sein wird.

Auf diese Positionen müssen wir unsere Beziehungen zu den gewählten deutschen Machtorganen gründen.

Aber bis auf den heutigen Tag ist die Situation so, dass viele Kommandanten die veränderte Lage infolge der durchgeführten Wahlen und anderer Faktoren während der 20-monatigen Entwicklung Deutschlands unter Besatzungsbedingungen nicht verstehen und nach altgewohnter Weise fortfahren, sich in alle Details der Arbeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane einzumischen, diese Organe durch ein grobes Administrieren terrorisieren und damit der Festigung der Demokratie nicht nützen, sondern ihr Schaden zufügen, weil sie die gewählten Volksvertreter zu gehorsamen Vollstreckern ihres Willens, oft genug auch ihrer Launen, machen. Man muss begreifen, dass wir doch nicht deshalb eine große Arbeit bei den Wahlen zu den deutschen Verwaltungsorganen geleistet haben, um sie nun zu Objekten der Befriedigung der Herrschsucht einiger Kommandanten und ihrer administrativen Gelüste zu machen. Wir hatten weitreichende Ziele im Sinn, sie zu erreichen wird aber durch das falsche Verhältnis von Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen abgebremst. Denn solche Kommandanten wie Gen. NOVOSELOV (Eisenach), Gen. BAŠKARDIN (Mühlhausen), Gen. LEBEDEV (Rudolstadt) und andere sind nach wie vor davon überzeugt, dass sie ihre Kreise, die Parteien, Gewerkschaften, Landräte, Bürgermeister, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und Gerichte befehligen und nach eigenem Gutdünken die Tätigkeit dieser Organe lenken können.

Dafür ein Beispiel: Auf Beschluss der Bezirksleitung¹²⁰ der SED sollte der Landrat des Kreises Rudolstadt Paul ROTH in den Kreis Sondershausen versetzt werden.¹²¹ Ich habe mich mit diesem Beschluss einverstanden erklärt, weil Roth Mitglied der SED ist und der Bezirksleitung steht es frei, über ihn zu verfügen. Und das musste getan werden. Als Oberstleutnant LEBEDEV von diesem Beschluss erfuhr, erhob er seine Kommandantenstimme zum Protest und meinte, dass außer ROTH niemand diesen Kreis leiten könne. ROTH kam sofort zu ihm gelaufen, erging sich in kriecherischer Freundlichkeit und erzählte, wie er, Roth, mit allen Offizieren der Kommandantur gut zusammenzuarbeiten vermochte. Und als er sagte, dass er nur mit dem Genossen SILVESTROV nicht gut zusammenar-

¹²⁰ Korrekt: Landesleitung.

¹²¹ Der „Fall Roth“ (vgl. Anm. 95) und die Versetzung Roths nach Sondershausen standen am 13. und 18. 1. 1947 im SED-Landessekretariat auf der Tagesordnung; LATH-HStA Weimar, BPA, IV/L/2/3-031, Bl. 6r u. Bl. 7r.

beitete, erklärte Gen. LEBEDEV sogleich vor den Deutschen, dass Gen. Silvestrov ein Dummkopf sei und man ihn getrost ignorieren könne.

Dieses Verhalten des Gen. LEBEDEV ist nicht zufällig. In der Kommandantur des Kreises Rudolstadt herrschte ein Arbeitsstil, bei dem sich die Mitarbeiter der Kommandantur nicht genierten, sich in alle inneren Kleinigkeiten des deutschen Apparats einzumischen. Sie machten nicht davor Halt, die Anweisung zu geben, ohne schriftliche Genehmigung der Kommandantur niemandem, und nicht einmal dem Dolmetscher der Kommandantur, den Zutritt zum Klub der SED zu erlauben. Ein gewisser BRAJTMAN benahm sich dort dermaßen unverschämt, dass er sich in einen Gerichtsfall einmischte und die [Haft]Entlassung der Bürgerin MORGENROTH durchsetzte, die von einem deutschen Gericht wegen fortgesetzter Spekulation verurteilt worden war.

Zu diesem Fall schrieb mir der Direktor des Bezirksgerichts Dr. KUTNER:¹²²

„Am 18. Oktober 1946 wurde vor der Großen Strafkammer in der Sache gegen Margarete Morgenroth wegen Verstoßes gegen Paragraph 1 der Kriegswirtschaftsverordnung¹²³ verhandelt.

Am 16. Oktober 1946 kam nach dem Mittagessen Herr PERSCHIED zu mir und teilte mir mit, dass der Dolmetscher des Kommandanten, Herr BRAJTMAN, es wünscht, dass dieser Fall nicht mit Gefängnishaft geahndet werde, für das begangene Vergehen möge die Untersuchungshaft angerechnet werden (ungefähr fünf Monate), womit der Fall dann abzuschließen sei. Im äußersten Fall wäre der Beschuldigten eine Geldstrafe aufzuerlegen.

Am 18. Oktober 1946 suchte mich unmittelbar vor Verhandlungsbeginn der Dolmetscher Brajtmán in meinem Dienstzimmer auf und sagte mir Folgendes: ‚Diese Frau (die Beschuldigte) darf nicht ins Gefängnis gesteckt werden, weil sie sonst zugrunde geht. Tun Sie nicht, was Herr KLEKOW sagt, Herr KLEKOW will anderthalb Jahre Gefängnishaft fordern. Folgen Sie diesem Antrag nicht! Herr KLEKOW ist heute noch im Amt, vielleicht aber bald nicht mehr. Denn der Kommandant besteht darauf, dass man Klekow entlässt. Gehen Sie daher besser nicht den Weg Klekows. Sie müssen mir helfen.‘

Ich hatte den Eindruck, dass Herr BRAJTMAN aufgewühlt war, vermutlich hat er hinsichtlich der Beschuldigten ein persönliches Interesse.

Am 18. Oktober 1946 rief mich während des Mittagessens (nach der Verhandlung des Falls) der Verteidiger (Rechtsanwalt) Dr. Beier per Telefon zu sich und sagte: ‚Der Kommandant kennt das Urteil, er ist außer sich‘.

Rechtsanwalt Dr. Beier sagte noch, dass er sich angesichts dieser Umstände veranlasst sehe, in Berufung zu gehen, um den Fall zu prüfen.

¹²² Das folgende Schreiben konnte in deutschen Archiven nicht ermittelt werden und wird hier als Rückübersetzung aus dem Russischen abgedruckt.

¹²³ Gemeint ist die bei Kriegsbeginn erlassene NS-Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 in der Fassung vom 25. 3. 1942, die nach 1945 in den Besatzungszonen zunächst noch weiter galt. Artikel I, Paragraph 1, stellte illegale Rohstoff-, Erzeugnis-, Waren-, Geld- und Bezugsscheinbewegung, Hortung, Schieberei und dergleichen unter Freiheitsstrafe; Deutsches Reichsgesetzblatt, 1939, Teil I, S. 1609–1613, und ebenda, 1942, Teil I, S. 147f.

Am 19. Oktober 1946 teilte mir Herr Perscheid mit, dass der Kommandant in Urlaub sei. Er hätte von dem Urteil im Fall der Morgenroth nichts erfahren können. Er nehme an, dass hier ein Missverständnis vorliege. Herr Perscheid sagte noch, dass Brajtman in erster Linie daran interessiert sei, dass die Morgenroth nicht ins Gefängnis komme. Falls sie auf der Grundlage eines Gnadengesuchs nicht die verhängte Strafe verbüßen müsse, so wäre Herr Brajtman auch damit zufrieden.

Unterschrift Dr. Kutner, Direktor des Bezirksgerichts.“

Dieses Protokoll wird durch eine interessante Aktennotiz des Stellvertretenden Präsidenten des Bezirksgerichts Herrn JASTREBOW folgenden Inhalts ergänzt:

„Aktennotiz.

Der letzte Absatz des vorliegenden Protokolls entspricht nicht der Wahrheit. Rechtsanwalt Dr. Beier teilte mir mit, dass die Morgenroth mit ihrer Bekannten, mit der sie nach der Verkündung des Urteils zusammen wegging, dem Kommandanten Oberstleutnant LEBEDEV und dem Dolmetscher Brajtman auf der Straße begegnete. Der Kommandant rief sie (die Morgenroth) zu sich und fragte, wie der Fall ausgegangen sei und erhielt von der Morgenroth die entsprechenden Auskünfte. Die Bekannte berichtete Rechtsanwalt Beier von dieser Begegnung. Somit war dem Kommandanten das Urteil bekannt und der Dolmetscher Brajtman suchte in Kenntnis des Kommandanten die Große Strafkammer auf und führte mit ihrem Präsidenten Verhandlungen.

In Vertretung: Unterschrift Jastrebow“

Ich führe diesen Vorgang an, um zu zeigen, wie die Deutschen auf solcherart Einmischung von Mitarbeitern der Kommandantur reagieren. Man kann nur zustimmen, wenn die Organe der deutschen Gerichte und der Staatsanwaltschaft eine wachsame Kontrolle und eine gründliche Säuberung von nichtswürdigen, reaktionären Elementen fordern. Muss sich aber ein Kommandant in einen Gerichtsfall einmischen, bei dem es um Verurteilung wegen Spekulation oder wegen Diebstahls von Holz geht? Muss er den deutschen Juristen den Vorwand zur Annahme liefern, dass wir für den Schutz von Dieben und Spekulanten eintreten? Die Kommandantur hat kein Recht zu solch einer Einmischung.

In allen deutschen Gesetzen und in der unlängst verabschiedeten Verfassung in Thüringen ist festgeschrieben, dass das Gericht unabhängig ist und sich allein von den Gesetzen leiten lässt; in Rudolstadt stellt sich aber heraus, dass das deutsche Gericht von dem Willen des Dolmetschers Brajtman und des Kommandanten Gen. LEBEDEV abhängt.

Es ist an der Zeit, mit der Bevormundung, dem Kommandieren, dem Ignorieren des deutschen Verwaltungsapparats, seiner Drangsalierung und Einschüchterung durch Strafen und Verhaftungen Schluss zu machen. Wenn wir damit fortfahren, den deutschen Apparat an der Leine zu führen, ihn einzuschüchtern, seine Tätigkeit darauf zu beschränken, lediglich unsere Befehle auszuführen – und oft nicht einmal erfolgreich, so werden sich dieser Apparat und diese Macht-

organe in den Augen der Bevölkerung als Organe der Kommandanturen präsentieren, und das Volk wird schnell begreifen, dass es keine gewählten Machtorgane hat und es wird sie ignorieren.

Brauchen wir das etwa für die Demokratisierung Deutschlands, für die Entfaltung und Festigung der demokratischen Kräfte in Deutschland? Nein, das brauchen wir nicht.

Wenn wir uns die Bedeutung und die Notwendigkeit der Demokratisierung Deutschlands zum Zwecke der dauerhaften Friedenssicherung und der Erneuerung und Entwicklung Europas bewusst machen, dann müssen wir unseren Arbeitsstil und unsere Beziehungen zu den deutschen Machtorganen ändern.

Ich will unsere Aufgaben in dieser Frage knapp in folgenden Punkten benennen:

1. Als Hauptaufgabe ist die Kontrolle über die Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands anzusehen. Ich unterstreiche: DIE KONTROLLE.¹²⁴
2. Die Kontrolle der Erfüllung der Befehle des Obersten Chefs der SMAD.
3. Den deutschen Selbstverwaltungsorganen ist eine breite Initiative für ihre Tätigkeit zu gewähren. Auf kleinliche Bevormundung ist zu verzichten. Ihre Selbstständigkeit ist zu fördern. Ihnen ist dabei zu helfen, die Autorität ihrer Macht zu festigen.
4. Einzustellen sind das Ignorieren der deutschen Machtorgane, das Herumkommandieren dieser Organe und ihre ständige Auswechslung wegen Kleinigkeiten.
5. Es gilt, den Einfluss der SED in den Verwaltungsorganen zu stärken.
6. Die Bedeutung der Kommandantur als Organ der Besatzungsmacht ist zu erhöhen. Sie ist dazu berufen, das Besatzungsregime, die Ordnung und Sicherheit in den Kreisen zu gewährleisten, nicht aber dazu, ihre Kräfte in der Prüfung deutscher Bittsteller zu verzetteln, mit denen die Organe der deutschen Selbstverwaltung selbst fertig werden können.
7. Unbedingt zu verhindern ist die feindliche, faschistische und profaschistische Tätigkeit seitens der immer aktiver werdenden Reaktionäre; nicht zu ersticken und abzuwürgen ist die Entwicklung der Demokratie, die sich in einem inneren Kampf zwischen den demokratischen Parteien und Organisationen vollzieht und auch jeweils intern.

Ich möchte vor einem anderen Extrem warnen, zu dem besonders Leute fähig sind, die nicht verstehen und auch nicht nachdenken wollen.

Aus all dem, was oben ausgeführt wurde, geht absolut nicht hervor, dass die Kommandanturen und die SMA-Verwaltung jetzt bei allen Angelegenheiten ganz und gar abseits stehen sollten und sich nur mit der [eigenen] inneren Ordnung und mit der militärischen und politischen Ausbildung befassen sollten. Der Übergang vom [ständigen] Wechsel in den deutschen Verwaltungsorganen, von deren Bevormundungen und Herumkommandieren zur Kontrolle bedeutet kein Nachlassen unserer Arbeit, keine Verringerung der Sorge und Pflichten, sondern de-

¹²⁴ Hervorgehoben in der Vorlage.

ren Verstärkung. Aber dieser Übergang hilft uns, unsere Arbeit zielgerichteter zu organisieren. Er gibt uns die Möglichkeit, mehr zu tun, mehr wichtige Fragen zu lösen, eine wirkliche Kontrolle über die Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland zu verwirklichen. Er gibt uns die Möglichkeit, uns besser zu orientieren, um diese Prozesse zu steuern. Die Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle über Deutschland ist um vieles komplizierter und schwieriger, als in Gemeinden Heringe zu verteilen oder sich mit der Konfiszierung von Möbeln verurteilter Deutscher zu befassen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Aufgaben der SMA-Verwaltung [Thüringen] und der Kommandanturen bei der Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Tätigkeit der deutschen Machtorgane konkretisieren.

A) AUF DEM GEBIET DER INDUSTRIE

Als Hauptaufgaben der Abteilung für Industrie der SMA-Verwaltung [Thüringen] bleiben nach wie vor:

1. Die Kontrolle über die deutsche Industrie, die die Erfüllung der Pflichtlieferungen garantiert:
 - a) von Reparationen;
 - b) für Aufträge der GSBSD;¹²⁵
 - c) für das Handelsnetz der SMAD und der GSBSD.
2. Die Kontrolle der deutschen Wirtschaft im Rahmen der durch den [Alliierten] Kontrollrat in Deutschland und durch das Potsdamer Abkommen der Siegermächte festgelegten Grenzen (Niveau der Produktion).
3. Die Verhinderung der Wiedererrichtung demontierter Betriebe mit dem früheren Produktionsprofil, die künftig ein bedeutendes militärisches Potenzial darstellen könnten (damit ist die Bewahrung der Kader und der Erfahrungen gemeint).
4. Bei aller Unterstützung der Wiederherstellung und Entwicklung einzelner Industriezweige (zivilen Charakters) ist ein Übergang zur erweiterten Reproduktion und Konzentration des Kapitals zu verhindern.
5. Allseitige Unterstützung für die SAG-Betriebe.

PRAXIS UND LÖSUNGSMETHODEN FÜR DIE GENANNTEN AUFGABEN

1. Kontrolle der Ausführung der Befehle des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen, Erfassung der Ergebnisse, Analyse, Vorschläge.
2. Prüfung der Pläne der Industrieproduktion und der einzelnen Quartalsaufgaben in den uns interessierenden Teilen (siehe die Punkte 1, 2, 3, 4 der Aufgabe): a) Pflichtlieferungen; b) Entwicklungstendenzen der Industrie (das Produktionsniveau einzelner Zweige, Konzentration des Kapitals und anderes).
3. Obligatorische Prüfung der Berichte:
 - a) zur Planerfüllung der Industrie;
 - b) zur Planerfüllung der Pflichtlieferungen (für Reparationen, für die GSBSD);

¹²⁵ GSBSD – Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland.

- c) Verteilung der wichtigsten Arten von Ausrüstungen (im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Arbeit der demontierten Betriebe – vor der Aufteilung der Produktionsanlagen und so weiter).
Bei der Analyse der Rechenschaftsberichte ist auf die Leitungsorgane der Industrie mit dem Ziel einzuwirken, die Tendenzen der Industrie gemäß der Besatzungspolitik in Deutschland zu korrigieren.
4. Die Tätigkeit der Industrieverwaltung, der Industrie- und Handelskammer und der entsprechenden Organe in den Städten und Kreisen ist mit dem Ziel zu prüfen, dass sie durch fachlich und politisch erfahrene Mitarbeiter gestärkt und von Unzuverlässigen und Faulenzern gesäubert werden.
5. Aus der Praxis der Arbeit der Industrieabteilung der SMA-Verwaltung und der Militärkommandanturen¹²⁶ ist absolut auszuschließen.¹²⁷
- über die Köpfe der deutschen Machtorgane hinweg den Firmen direkt Anordnungen und Verfügungen über die Tätigkeit der Firmen zu erteilen;
 - für einzelne Firmen Rohstoffe und Materialien von Zulieferbetrieben einzutreiben und als Beschaffer zu diesem Zweck umher zu fahren;
 - Anweisungen und Ersuchen auszustellen, damit bestimmten Firmen Materialien und Rohstoffe verschiedenster Art geliefert werden;
 - Firmenchefs in die SMA zwecks Erläuterung von Anweisungen einzubestellen;
 - selbständig Aufträge an einzelne Firmen zu erteilen für verschiedene Behörden.
- All das und vieles andere bei der Leitung der Industrie ist Sache des Ministeriums, der Bürgermeister und Landräte, nicht aber des Apparats der SMA und der Militärkommandanturen.¹²⁸
6. Damit im Zusammenhang sind den deutschen Regierungsorganen zu übergeben:
- sämtliche Rohstoffe und Materialien aus allen Lagern und demontierten Betrieben;
 - der Metallschrott und die Halbfabrikate zur Verwendung in der Industrie.
7. Den Deutschen sind die Initiative und das Recht zu übertragen, selbständig die Pläne für die Industrie und die Produktionsaufgaben der Betriebe auszuarbeiten, die Rohstoffe und Materialien zu verteilen und gemäß den beschlossenen Produktions- und Verteilungsplänen zu verbrauchen.
8. Dem Wirtschaftsministerium sind die Pläne für die Reparationslieferungen und für die Versorgung der [Sowjetischen] Truppen auszuhändigen, ihm ist die Verantwortung für die vorrangige Erfüllung dieser Pläne – termingetreu und gemäß der Nomenklatur – zu übertragen, wobei eine strenge Kontrolle

¹²⁶ Im Unterschied zum referierenden Textteil ist von nun ab formell korrekt von „Militärkommandanturen“ die Rede. Das ist ein weiterer Hinweis auf Vorlagen aus den Ressorts.

¹²⁷ Unterstreichung in der Vorlage.

¹²⁸ Der Satz ist im Dokument unverständlich formuliert, er wurde vermutlich im Diktat oder in der Abschrift beschädigt. Übersetzung und Bearbeitung folgen der Logik des Kontextes.

durch die Industrieabteilung der SMA beizubehalten (die Initiative der Deutschen aber nicht zu behindern) ist.

9. Die Belieferung der SAG-Betriebe mit Rohstoffen und Materialien ist unter die strenge Kontrolle der Industrieabteilung der SMA zu nehmen. Die Zuführung dieser Materialien und Rohstoffe muss jedoch auch über die Industrieverwaltung des Wirtschaftsministeriums Thüringens erfolgen.

B) AUF DEM GEBIET DER BRENNSTOFFE UND DER ENERGIEWIRTSCHAFT

1. Die Kontrolle der Abteilung für Brennstoffe und Energie [der SMA Thüringen] über die Tätigkeit der Brennstoff- und Energieindustrie muss durch die Abteilung für Brennstoffe und Energie des Ministeriums für Wirtschaft und Planung der deutschen Regierung¹²⁹ erfolgen. Dabei sollte unsererseits die Kontrolle stark eingeschränkt und auf die hauptsächlichlichen Brennstoff- und Energieobjekte der Industrie konzentriert werden:
 - a) bei den Elektrokraftwerken auf die Kraftwerke in den Kreisen des Bundeslands Thüringen;
 - b) auf die Gaswerke mit einer Monatsproduktion ab 800 Tonnen;
 - c) auf die Kohlebetriebe, die unmittelbar dem Direktor der neu geschaffenen Verwaltung für die Kohlebetriebe des Bundeslands Thüringen unterstellt sind.
2. Auf dem Gebiet der Erschließung und Verteilung von Brennstoffressourcen, die dem Bundesland Thüringen für seinen Bedarf zugeteilt werden, gewährleistet die Abteilung für Brennstoffe und Energie der SMA Thüringen die Kontrolle über:
 - a) die Festlegung der monatlichen Limits für feste und flüssige Brennstoffe;
 - b) die Kontrolle der Versorgung der wichtigsten Industriebetriebe mit flüssigen und festen Brennstoffen, Betriebe
 - 1) die für Reparationslieferungen produzieren;
 - 2) die für den Bedarf der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen produzieren;
 - 3) die zur Sowjetischen Aktiengesellschaft gehören.

Für diese Betriebe ist die Zuteilung von Limits für alle festen und flüssigen Brennstoffarten zu gewährleisten.

Was die Versorgung der übrigen Betriebe des Bundeslands Thüringen und andere Bedürfnisse der Provinz anbelangt, so ist dies völlig in die Verantwortung der deutschen Selbstverwaltung zu geben.

3. Generell ist damit Schluss zu machen, Betriebsdirektoren unter Umgehung der Abteilung für Brennstoffe und Energie des [deutschen] Wirtschaftsministeriums und der [SMA-]Verwaltung des Bundeslands Thüringen einzubestellen; die deutschen Selbstverwaltungsorgane führen die gesamte Arbeit durch, und ihnen ist die volle Verantwortung für die Erfüllung dieser oder jener Aufgabe zu übertragen.

¹²⁹ Gemeint ist die Landesregierung Thüringens.

4. Den Inspektoren für Brennstoffe und Energiewirtschaft der Stadt- und Kreis-militärkommandanturen sind jene Pflichten aufzuerlegen, die in der „Vorläufigen Instruktion“¹³⁰ benannt sind.

C) AUF DEM GEBIET VON HANDEL UND ERFASSUNG

Die Abteilung für Handel und Erfassung [der SMA Thüringen] befasste sich im Jahr 1946 faktisch mit Problemen der Anleitung der Verwaltung für Handel und Versorgung des Bundeslands Thüringen auf den Sachgebieten Versorgung, Erfassung und Nahrungsgüterindustrie. Sie mischte sich in alle operativen Angelegenheiten der einzelnen Organisationen, Firmen und Betriebe ein, was sich in Anordnungen und Verfügungen zu allen operativ-organisatorischen und Produktionsmaßnahmen äußerte, zum Beispiel zur Planung, zur Bilanzierung der Versorgung, der Erfassung und der Erfüllung der Produktionspläne. Von der Abteilung für Handel und Erfassung der SMA des Bundeslands Thüringen wurde entschieden, wie sich die Fonds der materiellen Versorgung der Bevölkerung entwickelten und wie sie realisiert wurden, wie die Nahrungsgüterindustrie vorankam und die Sicherstellung aller Arten von Erfassung gewährleistet wurde.

Die deutschen Selbstverwaltungsorgane waren im besten Fall technische Vollstrecker.

Die Abteilung für Handel und Erfassung beschäftigte sich außerdem mit der Planung, der Zusammenstellung und der Vorlage der operativen Rechenschaftslegung gegenüber der Verwaltung für Handel und Versorgung [der Landesregierung].

Dieses System der Arbeitsorganisation und der Bevormundung des deutschen Apparats beraubte den ihn jeder Persönlichkeit und Initiativkraft, es brachte Schmarotzertum und Verantwortungslosigkeit hervor.

[Zugleich] wurde die Abteilung für Handel und Erfassung als Kontrollorgan ihren Aufgaben bei der Vollzugskontrolle nicht gerecht.

Zum Zwecke der Hebung der Verantwortlichkeit im deutschen Apparat für die Arbeit, die Förderung der Initiative und die Beseitigung des Schmarotzertums muss diese Abteilung für Handel und Erfassung von der operativen Leitung im Bereich Versorgung, Erfassung und Nahrungsgüterindustrie völlig entbunden werden. Sie darf nur die Grundfunktionen der Kontrolle bei der Ausführung der Befehle des Obersten Chefs der SMA in Deutschland und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen als Kontrollorgan der Besatzungsmacht ausfüllen und als Kontrollorgan wirken bei der Erfüllung der Produktionspläne und der Sicherung der Nahrungsgüterproduktion auf Reparationskonto sowie für die Versorgung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen und für Organe der SMA in Deutschland.

¹³⁰ Vorläufige Instruktion – eine seit 1945 SMAD-intern erarbeitete Handreichung für Kommandanten über den Personalaufbau, die Aufgaben, Vollmachten und Arbeitsmethoden einer Kommandantur und über das Kommandanturnetz in der SBZ. Im November 1946 wurde sie durch eine „Instruktion“ ersetzt, die vermutlich aber nicht mehr verschickt wurde, weil nun die „Perestrojka“ anstand.

Die Tätigkeit der Abteilung für Handel und Erfassung [der SMA Thüringen] wird für die einzelnen Bereiche in [Arbeitsgruppen] Gruppen erfolgen:

I. Nahrungsgüterindustrie

1. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie gewährleistet die Kontrolle über die Ausführung aller Befehle und Direktiven des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen bezüglich der Wirtschaftstätigkeit der Nahrungsgüterindustrie des Bundeslands Thüringen,¹³¹ das heißt [sie sichert]:
 - a) die rechtzeitige Aufstellung der Produktionspläne für Sonderaufgaben pro Monat, Quartal und Jahr und deren Zustellung an die Betriebe;
 - b) die Kontrolle über die Erfüllung von Sonderaufgaben zur Erzeugung von Nahrungsgütern auf Reparationskonto, für die Versorgung der GSBSD und der Organe der SMAD;
 - c) die Analyse der vom Ministerium für Versorgung des Bundeslands Thüringen erhaltenen operativen Rechnungslegung; die Begutachtung [dieser Daten zur] wirtschaftlichen Tätigkeit zwecks Vorlage beim Leiter der Abteilung für Handel und Erfassung für dessen Vortrag beim Chef der SMA des Bundeslands Thüringen;
 - d) die Erarbeitung von Entwürfen für Befehle und Anordnungen, die die Nahrungsgüterindustrie betreffen;
 - e) die Kontrolle über die Einhaltung der festgelegten Produktionsrichtsätze (Verbrauch an Rohstoffen, Materialien, Brennstoffen und der Ausstoß von fertiger Produktion);
 - f) die Qualitätskontrolle der Rohstoffe und der fertigen Produktion, die für die Reparationslieferungen und für die Versorgung der GSBSD bestimmt sind;
 - g) die Kontrolle über die Belieferung der Betriebe mit Rohstoffen, Materialien und Brennstoffen, die auf Reparationskonto und für die Versorgung der GSBSD arbeiten.
2. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie führt die Kontrolle sowohl über die Mitarbeiter der Kommandanturen (die in der Nahrungsgüterindustrie tätig sind) als auch über die [deutsche] Verwaltung (Abteilung Nahrungsgüterindustrie des Ministeriums für Versorgung des Bundeslands Thüringen) durch.¹³²
3. Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie trägt neben der Vollzugskontrolle das Studium der Produktion, der Technik und der Ökonomie der Nahrungsgüterindustrie; alle Neuheiten in der Technologie und der technischen Vervollkommnung des Leitungssystems des Betriebs und der Produktionsorganisation sind anschließend den entsprechenden Ministerien der Sowjetunion vorzulegen.

Die Gruppe Nahrungsgüterindustrie wird als Kontrollorgan der Sowjetischen Besatzungsmacht von der operativen Leitung der Industrie entbunden.

¹³¹ Dieser Satz ist im Dokument unlogisch aufgebaut. Wir bieten ihn in der Logik des Kontexts.

¹³² Der Text im Dokument war kaum verständlich.

II. Handel

1. Zu gewährleisten ist die Kontrolle über die fristgemäße Erfüllung der Befehle und Anordnungen des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen sowie der Verfügungen und Anordnungen der Verwaltung für Handel und Erfassung der SMAD zu allen Fragen des Handels und der Versorgung:
 - a) die Kontrolle über die Entwicklung des Groß- und Einzelhandels aller Systeme;¹³³
 - b) die Kontrolle über die richtige Verwendung aller Nahrungsgüterfonds, sowohl auf der Ebene des Bundeslands Thüringen als auch auf der Ebene der Kreise;
 - c) die Kontrolle über den Verlauf und den Umfang des Kampfs für den Schutz der Lebensmittelressourcen gegen Diebstahl, Verstecken und Unbrauchbarmachung;
 - d) die Analyse des Zustands von Inventur und Rechenschaftslegung über die Bewegungen und die Restbestände der Nahrungsgüter, die in den Versorgungsplänen festgelegt sind;
 - e) eine periodische Überprüfung der gesetzkonformen Ausgabe von Lebensmittelkarten an die Bevölkerung, der Festlegung der Kategorien, der Aufbewahrung und der Registratur von Lebensmittelkarten und der entsprechenden Rechnungslegung;
 - f) Unterstützung für Verbrauchergenossenschaften zum Zweck ihrer Festigung und weiteren Entwicklung.
2. Zu kontrollieren sind die deutschen Selbstverwaltungen und Handelsfirmen in Bezug auf die rechtzeitige und vollständige Belieferung von Lebensmittelfonds, die für die Gruppe der [Sowjetischen Besatzungs-] Truppen, die ACHU¹³⁴ der SMAD und andere sowjetische Versorgungseinrichtungen und gleichermaßen zur Sicherung der Reparationslieferungen festgelegt worden sind.
3. Zu leiten und zu überprüfen ist die Tätigkeit der für den Handel zuständigen Mitarbeiter der Militärkommandanturen der Bezirke, Kreise und Städte des Bundeslands Thüringen.
4. Zu kontrollieren ist die Realisierung und richtige Verwendung der Fonds der Industriewaren, die für den Handel der Abteilungen der GSBSB und der SMA bestimmt sind.

III. Erfassung

1. Die Gruppe Erfassung gewährleistet die Kontrolle über die Ausführung aller Befehle und Anordnungen des Obersten Chefs der SMAD und des Chefs der

¹³³ Gemeint ist vermutlich: „aller Eigentumsformen“.

¹³⁴ ACHU – Verwaltung für [innere] Verwaltung und Wirtschaft, eine zonale Gliederung der SMAD zur internen Versorgung und Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Gütern und kleinen Produktions- und Handelseinrichtungen.

SMA-Verwaltung des Bundeslands Thüringen zur Erfassung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art:

- a) die Kontrolle über das Erfassungssystem für alle landwirtschaftlichen Produkte und alle Firmen, die für die Erfassung zugelassen sind;
 - b) die Kontrolle über die Erfassungsarbeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane der Provinz und der für die Erfassung zuständigen Landräte;
 - c) die Prüfung und Analyse der Erfassungspläne, alle Arten der festgelegten Formen von Rechenschaftslegung und die entsprechende eigene Stellungnahme;
 - d) die Kontrolle über Erfüllung des Erfassungsplans zu den festgelegten Fristen;
 - e) die Kontrolle über die rechtzeitige und richtige Aushändigung aller landwirtschaftlichen Bescheide zur Pflichtablieferung von landwirtschaftlichen Produkten [an den Staat] in voller Anrechnung der Objektbesteuerung sowie über die richtige Anwendung der kreisbezogenen Vergünstigungen beim Ablieferungssoll durch die deutschen Organisationen;
 - f) die Prüfung von Erfassungsfirmen (die Getreidesilos, Vorratslager, Speicher) hinsichtlich der sachgemäßen Lagerung, der Sicherung, der Qualität und der Statistik der erfassten landwirtschaftlichen Erzeugnisse.
 - g) Sie unterstützt die Entwicklung und Festigung der landwirtschaftlichen Verbrauchergenossenschaften, damit deren Rolle bei der Erfassung wächst.
2. Sie leitet und überprüft die Tätigkeit des Erfassungsapparats innerhalb der Kreismilitärkommandanturen.¹³⁵

D) IM BEREICH DER PLANUNG

Von den allgemeinen Aufgaben ausgehend, die die SMA-Verwaltung Thüringen und ihre Organe in den Gemeinden zu bewältigen haben, müssen die funktionalen Hauptpflichten der Abteilung für Wirtschaftsplanung der SMA Thüringen folgende sein:

1. Die Analyse des Verteilungsplans für Reparationslieferungen, der von der örtlichen deutschen Wirtschaftsverwaltung erstellt worden ist auf der Grundlage der zugewiesenen Kontrollaufgaben. Seine Korrektur und die Erarbeitung eines Gutachtens an die Führung der SMA Thüringen zu den Erfüllungsaussichten sowohl in den einzelnen Industriezweigen und in der Landwirtschaft als auch hinsichtlich der Fristen.
2. Die Analyse des Verteilungsplans für die Pflichtlieferungen für den Bedarf der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland. Seine Korrektur und die Übergabe eines Gutachtens zu den Erfüllungsaussichten hinsichtlich der Objekte der Lieferungen und der Fristen an die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen.

¹³⁵ Gemeint sind die innerhalb der Kreiskommandanturen für die Erfassung zuständigen Offiziere.

3. Die Analyse des Verteilungsplans der Materialfonds für die Verbraucher, der von der örtlichen deutschen Wirtschaftsverwaltung erstellt worden ist. Seine Korrektur zum Zwecke der vorrangigen Versorgung jener Industriezweige, die einen Pflichtlieferungsplan für Reparationen und für die GSBSD erfüllen.
4. Die Kontrolle über die Realisierung der Materialfonds, die für den Bedarf der Industrie und der örtlichen Wirtschaft Thüringens aus anderen Provinzen [und Ländern der SBZ] bereitgestellt sind.
5. Die Erstellung von Plänen für die Reparationen und die Pflichtlieferungen, aufgeschlüsselt auf die Industriezweige und die Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Bezirke oder Kreise, und deren Ausgabe an die Bezirks- oder Kreismilitärkommandanturen zwecks täglicher Erfüllungskontrolle.
6. Die Analyse und die Übergabe eines Gutachtens an die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen über die Effektivität der Maßnahmen, die von den örtlichen deutschen Machtorganen auf dem Gebiet der ökonomischen Abrüstung und der Vernichtung des Kriegspotenzials in Deutschland durchgeführt werden.
7. Die Bearbeitung und der Vergleich mit anderen Zweigabteilungen der SMA-Verwaltung Thüringen von monatlichen, quartalsmäßigen und jährlichen Rechenschaftslegungen über die Erfüllung des Plans für Reparationen und für die Pflichtlieferungen an die GSBSD, die von den Bezirksmilitärkommandanturen und der deutschen Verwaltung für Wirtschaft eingehen.
8. Die Zusammenstellung von Berichtsübersichten mit einer Analyse der Tätigkeit zu Wirtschaftsfragen für die Führung der SMA-Verwaltung Thüringen und für die Planungs- und Wirtschaftsabteilung der SMA-Verwaltung Thüringen.
9. Die Bilanz der Reserven der Materialfonds, die sich in der Verfügung der Führung der SMA-Verwaltung Thüringen befinden, und die Erteilung von Anweisungen zur deren Auslieferung an die Verbraucher.
10. Inspektionsreisen von leitenden Mitarbeitern der Abteilung in die Gemeinden, um den Mitarbeitern der Planungs- und Wirtschaftsabteilungen der Bezirks- und Kreismilitärkommandanturen praktische Hilfe zu erweisen.
11. Geschäftsmäßige Verbindungen zu den leitenden Mitarbeitern der deutschen Hauptverwaltung für Wirtschaft¹³⁶ und der Industrie- und Handelskammer Thüringens, Hilfe bei der Planung der deutschen Wirtschaft und der Ausarbeitung von organisatorischen Maßnahmen, die auf die Verwendung der freien Kapazitäten in der Industrie gerichtet sind, um den Ausstoß der Warenproduktion zu erhöhen. Überprüfung der Kader der deutschen Planungsorgane.

¹³⁶ Gemeint ist das im Dezember 1946 in dem von Georg Appell (SPD/SED) geleiteten Ministerium für Wirtschaftsplanung (seit 30.1.1947 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) eingerichtete Amt für Wirtschaftsplanung (seit 30.5.1947 Amt für Landes- und Wirtschaftsplanung).

E) AUF DEM GEBIET DER LANDWIRTSCHAFT

Unter allen Umständen verbleiben bei der Abteilung für Landwirtschaft und der Verwaltung für Forstwirtschaft [in der SMA-Verwaltung] und bei der Landwirtschaftsabteilung einer Militärkommandantur:

1. Die Kontrolle über die Erfüllung des Plans der landwirtschaftlichen Arbeiten, die mit Befehl des Obersten Chefs festgelegt sind (Anbauflächen, Gewinnung neuer Ackerflächen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ausgabe von Saatgut für landwirtschaftliche Kulturen).
2. Die Kontrolle über die Erfüllung des festgelegten Plans zur Entwicklung der Viehwirtschaft.
3. Die Kontrolle über die Erfüllung des festgelegten Plans für den Holzeinschlag und des Transportplans für das Holz.
4. Die Kontrolle über die Erfüllung der Maßnahmen zur Festigung der Ergebnisse der Bodenreform.
5. Die Kontrolle über die Erfüllung der Maßnahmen zur Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe.

Dafür ist es aber notwendig:

Die Einmischung der Abteilung für Land- und Forstwirtschaft der SMA-Verwaltung und der landwirtschaftlichen Abteilungen der Militärkommandanturen in die praktische Tätigkeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane bezüglich folgender Maßnahmen einzustellen:

1. Agrotechnische Maßnahmen (Erzeugung von Saatgut, Pflege der Saaten, Düngung des Bodens, Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten landwirtschaftlicher Kulturen).
2. Maßnahmen zur Mechanisierung der Landwirtschaft (Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren für die Frühjahrsbestellung und die Erntekampagne).
3. Veterinärmedizinische Maßnahmen (darunter die Kontrolle der Herstellung von Biopräparaten¹³⁷ für die Schutzimpfung von Tieren in der Landwirtschaft).
4. Die Abteilung für Volksbildung und die Inspektoren in den Militärkommandanturen müssen sich mit der landwirtschaftlichen Bildung (untere und mittlere Landwirtschaftsschulen und die landwirtschaftliche Fakultät der Universität) befassen.
5. Das Büro für Wissenschaft und Technik [der SMA-Thüringen] muss sich mit den landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen (landwirtschaftlichen Forschungsinstituten) befassen.
6. Mit der Prüfung der zahlreichen Beschwerden unterschiedlicher Art aus der deutschen Bevölkerung müssen sich die deutschen Machtorgane befassen oder die Kommandanten, wenn sich diese Beschwerden auf ungesetzliche Handlungen von [sowjetischen] Militärangehörigen beziehen.

¹³⁷ Gemeint sind Serumpräparate.

In der praktischen Tätigkeit der Organe der SMA auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist die Aufgabe gestellt, die Militärkommandanten maximal von den Schreibarbeiten zur Erstellung von Berichten zu entlasten. So wird beispielsweise die SMA-Verwaltung anders als 1946 keine Vorlage von Berichten über den Stand der landwirtschaftlichen Arbeiten und anderer Maßnahmen von den Militärkommandanten mehr anfordern. Damit werden die Landwirtschaftsabteilungen der Militärkommandanturen entlastet, und ihnen verbleibt mehr Zeit für die unmittelbare Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion. Aber das bedeutet natürlich nicht, dass die Militärkommandanten diese Rechenschaftslegung nicht von ihren Landräten bekommen sollen. Gerade für eine bessere und umfassendere operative Kontrolle der Tätigkeit der Deutschen bezüglich der Ausführung von SMA-Befehlen ist wie niemals zuvor eine Verbesserung der Qualität der Rechenschaftslegungen und ihre termingemäße Vorlage bei den Militärkommandanten erforderlich.

Ich habe hier nur die Hauptgebiete angeführt, auf denen wir unsere wirtschaftliche und politische Kontrolle verwirklichen müssen. Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Abteilungen und Unterabteilungen sowohl in unserem als auch im deutschen Apparat, in denen man den Arbeitsstil überprüfen und in Richtung einer verstärkten, wirksamen Kontrolle umstellen muss, anstatt den deutschen Apparat [fortwährend] auszutauschen und unter Druck zu setzen.

In diesem, meinem Vortrag habe ich meine Vorstellungen und meinen Standpunkt zum Verhältnis der SMA-Verwaltung und der Kommandanturen zu den deutschen Machtorganen und den demokratischen Parteien und Organisationen dargelegt.

Ich ging dabei von den Hinweisen des Marschalls der Sowjetunion Genossen SOKOLOVSKIJ aus, der im letzten Telegramm¹³⁸ eine Umstellung [„Perestrojka“] des Arbeitsstils der Militärkommandanturen gefordert hat.

Offen gesagt bin ich mir nicht ganz sicher, dass diese Umstellung bei uns glatt verlaufen wird, weil auch auf uns die Gewohnheiten¹³⁹ der vergangenen 20 Monate lasten, die Gewohnheit, allen Befehle zu erteilen, die administrative Macht uneingeschränkt durchzusetzen, ganz gleich, ob das nötig ist oder auch schädlich. Außerdem befinden wir uns noch in einer großen Abhängigkeit vom Apparat der SMAD, in dem es ebenfalls nicht wenige Leute gibt, die die veränderte Situation und die Forderungen des Marschalls der Sowjetunion Gen. SOKOLOVSKIJ nicht verstehen und die uns aus Gewohnheit dazu drängen, auf die alte Weise weiterzuarbeiten.

Deshalb ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, eine weitere solche Beratung zur wiederholten Erläuterung und Präzisierung einiger Fragen anzusetzen.

Ich beabsichtige, meinen Vortrag an Genossen Marschall SOKOLOVSKIJ zu schicken, und ich denke, dass ich noch ergänzende Hinweise zu allen diesen Fra-

¹³⁸ Gemeint ist die – offenbar telegrafisch übermittelte, im Anschreiben vom 14. 1. 1947 erwähnte, bislang nicht ermittelbare – Direktive 7051/III des Obersten Chefs der SMAD vom 27. 12. 1946.

¹³⁹ In der Vorlage: „die Tradition“.

gen bekommen werde, vielleicht sogar ernsthafte Korrekturen zu meinen Vorstellungen. Aber wir sollten dennoch alle die hier angeschnittenen Fragen diskutieren, um die Notwendigkeit einer Umstellung [perestrojka] unseres Arbeitsstils zu begreifen und unverzüglich mit dieser Umstellung zu beginnen – im Interesse der großen und wichtigen Aufgabe der Demokratisierung Deutschlands.

GARDE-GENERALMAJOR – (KOLESNIČENKO).

10. Januar 1947¹⁴⁰

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 7–31, russ., ms. Ausfertigung.

Dokument Nr. 3: Diskussionsbeitrag des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, Generaloberst Ivan A. Serov (10. Januar 1947)

[Aus der Diskussion]

[...] ¹⁴¹

Generaloberst Serov:¹⁴²

Es fällt den Kommandanten heute natürlich schwer, von alten Gewohnheiten zu lassen, von einem bisherigen Arbeitsstil, der bis heute vorgeherrscht hat. Schritt-

¹⁴⁰ Das Blatt trägt ebenfalls keine Unterschrift Kolesničenkos, dafür den Vermerk für die Richtigkeit, gez. vom Leiter der Geheimen Abteilung der Stabskanzlei der SMA-Verwaltung Thüringen.

¹⁴¹ In der Diskussion (GARF, 7184/1/ 19, Bl. 32r-39r) sprachen mehrere SMATH-Mitarbeiter. Der Leiter der Propagandaabteilung Oberst Michail M. Varakin zeichnete ein kritisches Bild der SED als unschlüssiger, zerstrittener Partei, in der den Sozialdemokraten zu viel Macht eingeräumt sei. Der Leiter der Unterabteilung Propaganda der Erfurter Bezirkskommandantur, Major Sergej B. Arustamov, ging auf Probleme an den Einsatzorten ein, der Schulinspektor im SMATH-Sektor Volksbildung, Hauptmann Fedor I. Chvostenko, bescheinigte einigen Politoffizieren, die gedankenlos sowjetische Maßstäbe anlegten, Instinktlosigkeit. SMATH-Chef Generaloberst Ivan V. Boldin, der die im Thüringer Raum stationierte 8. Garde-Armee kommandierte, plädierte für strengere Personalprüfungen in den Kommandanturen. Der von Kolesničenko als ein Repräsentant des bisherigen – nun zu ändernden – Systems des „Herumkommandierens“ kritisierte Stadt- und Kreiskommandant von Mühlhausen, Oberstleutnant Dmitrij M. Baškardin, verteidigte energisch seine Politik direkter Einmischung, um dem Versagen deutscher Versorgungsbehörden wirksam entgegenzutreten. Damit assistierte er dem Stellvertreter des Chefs der Bezirkskommandantur Erfurt für Wirtschaftsfragen, Major Krivencov, der das Durchgreifen geschulter Wirtschaftsoffiziere als nötig ansah. Garde-Oberst Nikolaj M. Ural'skij, Chef der Bezirkskommandantur Gotha, erklärte, ohne direkte Einmischung würde es auch weiterhin nicht gehen. Anders der Stellvertreter Kolesničenkos und Leiter der SMATH-Wirtschaftsabteilung, Ingenieur-Major Michail M. Kaplun, der die unterbreiteten Reformgedanken und insbesondere eine professionelle Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Instanzen in Wirtschaftsfragen begrüßte.

¹⁴² Vgl. Anm. 6.

weise muss man davon loskommen, muss zu einem neuen Arbeitsstil übergehen. Jeder SMA-Mitarbeiter muss sich diese Aufgabe klar vor Augen führen, seine gesamte Arbeit analysieren, sein Verhältnis zu den deutschen Selbstverwaltungen prüfen. Scharfe Wendungen dürfen in der Arbeit nicht zugelassen werden, umstellen muss man die Arbeit allmählich, Schritt für Schritt. Die Regierungszügel dürfen nicht plötzlich gelockert, die Initiative der Bürgermeister und Landräte muss schrittweise entwickelt werden. Dann werden sie auch kommen und uns um Rat bitten.

Nicht bei allen wird eine solche Umstellung [perestrojka] glatt gehen, deshalb muss man überlegt und umsichtig vorgehen.

Die Umstellung der Arbeit bietet den Kommandanten die Möglichkeit und die Zeit, sich verstärkt um die Disziplin und Ordnung im eigenen Haus zu kümmern. Von allen Offizieren und Soldaten der Kommandanturen und der SMA ist strenge Disziplin zu verlangen. Es muss erreicht werden, dass jede Militärkommandantur zu einer Militäreinheit wird. Der deutschen Bevölkerung ist der Zugang zu den Militärkommandanturen zu öffnen, Umfriedungen, Zäune und Schlagbäume vor den Kommandanturen sind abzubauen.

Unsere Politoffiziere befassen sich noch nicht richtig mit der Erziehung der Soldaten und Sergeanten. Diese Arbeit muss angepackt werden, wie es sich gehört, andernfalls nützen uns auch keine Zäune und keine Maulkörbe vor schlimmen Vorfällen. Die Kommandanten wissen wenig über ihre Untergebenen und kennen sie nicht.

Sämtliche Kleinwirtschaften zur Selbstversorgung [der Kommandanturen] und illegalen Kassen sind aufzulösen.

Von der [deutschen] Polizei sind alle Hinweise auf die Anzahl von Vergehen und Verbrechen einzuziehen, damit sie nicht später zu Provokationszwecken genutzt werden können.

Die Anzeigen der Deutschen über verschiedene Fälle von Raub und dergleichen muss man nicht immer für bare Münze nehmen, da wird viel einfach provoziert.

Es sind öffentliche Gerichtsprozesse gegen Deutsche durchzuführen, die in einer sowjetischen Uniform, als Russen verkleidet, Verbrechen begangen haben.

Unser Personal werden wir zusammenstreichen, wir werden uns trennen von Undisziplinierten und von denen, die amoralisches Verhalten zeigen. Mit einem Schlag kann nicht alles umgestellt werden, deshalb ist es notwendig, sich in allen Fragen der Umstellung der Arbeit [perestrojka raboty] mit Vorgesetzten zu beraten.

Quelle: GARF, 7184/1/19 (BArch, Z 47 F, Film Nr. 90177), Bl. 39, russ., ms. Ausfertigung.

Alle Quellen sind aus dem Russischen übersetzt von Lothar Kölm und Elke Scherstjanoi.

EUROPAS OSTEN IM 20. JAHRHUNDERT

SCHRIFTEN DES IMRE KERTÉSZ KOLLEGS JENA – BAND 6



Juliane Tomann
GESCHICHTSKULTUR IM STRUKTURWANDEL
Öffentliche Geschichte in Katowice nach 1989

2017, VIII, 437 S., 49 Abb.

HC € 49,95 [D]

ISBN 978-3-11-046374-3

eBook € 49,95 [D]

PDF ISBN 978-3-11-046609-6

ePUB ISBN 978-3-11-046381-1

Print + eBook € 79,95 [D]

ISBN 978-3-11-046610-2

Katowice erfindet sich neu: Die ehemalige sozialistische Musterstadt, das industrielle Rückgrat Polens durchläuft seit der politischen Wende 1989/1990 einen tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess. Mit Großinvestitionen im Kulturbereich wird intensiv an der Veränderung des Stadtraumes und des städtischen Image gearbeitet. Gleichzeitig verändert sich die Identität der Einwohner; auch in Katowice erlebt das oberschlesische Regionalbewusstsein gegenwärtig eine Renaissance.

Diese vielschichtigen, höchst dynamischen Wandlungsprozesse porträtiert die Untersuchung und nimmt sie als Ausgangspunkt für die Frage, wie in diesem genuin auf die Zukunft ausgerichteten Transformationsprozess mit Vergangenheit und Geschichte umgegangen wird. Welche öffentlichen historischen Narrationen entstehen aus dieser provozierenden Umbruchsituation heraus? Wie wird historisch Sinn gebildet und welche Wirkungen bzw. Funktionen hat öffentliche Geschichte in Zeiten strukturellen Wandels? Mit diesem Forschungsdesign betritt die Studie Neuland: Die theoretischen Überlegungen Jörn Rüsens zu Geschichtskultur und Geschichtsbewusstsein wurden so operationalisiert, dass sie erstmals für die Untersuchung eines Stadtraumes angewandt werden konnten.

Jahrgang 65 (2017), Heft 3

degruyter.com/oldenbourg
Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2017_3.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>